

122

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juni 2022

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023

Inflation und Unsicherheiten beeinträchtigen die Konjunktur

Sperrfrist: Donnerstag, 30. Juni 2022, 10:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

122

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Juni 2022

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023

Inflation und Unsicherheiten beeinträchtigen die Konjunktur

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Zuzana Molnárová

Klaus Neusser

Michael Reiter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

AutorInnen

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Zuzana Molnárová, Klaus Neusser, Michael Reiter, Klaus Weyerstraß

Titel

Sommer-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023
Inflation und Unsicherheiten beeinträchtigen die Konjunktur
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 122

Kontakt

Klaus Neusser

T +43 1 59991-125

E neusser@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer (Pressesprecherin)

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at

2022 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	15
2.1	Überblick.....	15
2.2	Länderprognosen.....	20
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	33
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	35
5	Monetäre Prognose	47
6	Tabellenanhang.....	51

Inflation und Unsicherheiten beeinträchtigen die Konjunktur

Die hartnäckige und historisch hohe Inflation sowie die Verwerfungen in Folge des Kriegs gegen die Ukraine dämpfen den Erholungsprozess der Weltwirtschaft. Die österreichische Volkswirtschaft hat im ersten Quartal zwar noch kräftig zugelegt, im Einklang mit den internationalen Rahmenbedingungen ist jedoch für den weiteren Jahresverlauf nur noch mit einem geringen Wachstum zu rechnen. Daher erwartet das Institut für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 3,8 %, für das kommende Jahr wird die Prognose auf 1,4 % zurückgenommen. Mit Raten von 7,3 % in diesem bzw. 4,6 % im nächsten Jahr muss die Inflationsprognose nochmals deutlich angehoben werden. Ausgehend von den Energiepreisen greift der Preisdruck auf Nahrungsmittel und Industriewaren über. Die Arbeitslosenquote bleibt im Prognosezeitraum mit jeweils 6,3 % niedrig. Diese Prognose ist mit äußerst großen Abwärtsrisiken behaftet. So wäre bei einem Lieferstopp von russischem Gas eine Rezession nicht zu vermeiden. Die fiskalpolitischen Maßnahmen stärken zwar die Einkommen der privaten Haushalte, belasten aber das Budget deutlich und können naturgemäß nicht die globalen Ursachen der Inflation bekämpfen.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Mit 1,5 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 9,5 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnete die österreichische Wirtschaft im ersten Quartal ein kräftiges Wachstum. Die Sachgüterproduktion profitierte von den internationalen Aufholeffekten nach der Coronakrise. Im Dienstleistungssektor fielen die coronabedingten Einschränkungen weg, sodass, insbesondere im Bereich Gastronomie/Beherbergung, hohe Zuwächse gegenüber dem Vorjahr erzielt werden konnten. Mit dem Krieg gegen die Ukraine haben sich aber die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert. Der Inflationsschub dämpft die Realeinkommen der privaten Haushalte. Die hohe Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung bremst die Investitionstätigkeit. Seit Kriegsbeginn deuten die Frühindikatoren auf eine Abschwächung der wirtschaftlichen Dynamik hin. Insbesondere die Erwartungen über die künftige Geschäftstätigkeit werden pessimistischer eingeschätzt. Der BIP-Wochenindikator der Österreichischen Nationalbank, der bis Ende Mai vorliegt, zeigt eine Abschwächung der Wirtschaftsdynamik im zweiten Quartal, allerdings keinen Einbruch. Vor diesem Hintergrund dürfte das BIP im zweiten Quartal stagniert haben. Für die zweite Jahreshälfte wird lediglich ein sehr moderates Wachstum erwartet, sodass für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Wachstum von 3,8 % resultiert. Mit der strafferen Fiskal- und Geldpolitik, der hartnäckigeren Inflation und den nur sehr

allmählich nachlassenden Lieferkettenproblemen haben sich die Aussichten für das kommende Jahr verschlechtert. Das Institut nimmt daher seine Wachstumsprognose für 2023 auf 1,4 % zurück. Die Prognose ist weiterhin mit hoher Unsicherheit behaftet. Dies gilt insbesondere für die Abschätzung von Dauer und Folgen der militärischen Auseinandersetzung. Für die Prognose wird unterstellt, dass die Sanktionen im Prognosezeitraum bestehen bleiben, es aber zu keiner Unterbrechung der Gaslieferungen von Russland nach Österreich kommt. Die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise orientiert sich an den Notierungen der Terminmärkte.

Nach dem kräftigen Aufholprozess der Weltwirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 2021 hat die Wachstumsdynamik seit der Jahreswende deutlich nachgelassen. Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die strikte Null-Covid-Politik in China haben den kräftigen Preisauftrieb noch verstärkt und die Lieferkettenprobleme wieder verschärft. Der Rückgang der Reallöhne dämpft den privaten Konsum und die Geldpolitik wird deutlich gestrafft. Während die Wirtschaft im Euroraum im ersten Quartal noch um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt hat, verzeichnete die US-Wirtschaft einen Rückgang um 0,4 %, allerdings nach einem sehr starken Wachstum im Schlussquartal (1,7 %). Die vorliegenden Daten und Indikatoren deuten auch für das zweite Quartal nur auf ein geringes Wachstum der Weltwirtschaft hin. Insgesamt haben sich die internationalen Konjunkturaussichten im Vergleich zur Frühlings-Prognose eingetrübt. Die Wachstumsprognose für China wird für das laufende Jahr auf 4,8 % zurückgenommen, für das kommende Jahr werden weiterhin 5,0 % erwartet. Die hartnäckige Inflation und die Straffung der Geldpolitik implizieren eine Rücknahme der Wachstumsaussichten für die USA auf 2,3 % bzw. 1,7 %. Der Krieg gegen die Ukraine dämpft die Wirtschaftsleistung im Euroraum. Diese dürfte um 2,6 % bzw. 2,0 % zulegen. Laut Prognose wird die Weltwirtschaft um 3,0 % bzw. 2,6 % wachsen.

Der private Konsum in Österreich profitiert besonders von der Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen. Dies gilt insbesondere für den Bereich Gastronomie und Beherbergung. Mit einem Wachstum von 4,4 % in diesem Jahr bleibt der private Konsum der wesentliche Wachstumstreiber. Die expansive Fiskalpolitik wirkt den inflationsbedingten Realeinkommensverlusten entgegen und die Senkung der coronabedingt sehr hohen Sparquote erlaubt eine kräftige Ausweitung der Konsumnachfrage. Für das kommende Jahr wird ein Konsumwachstum von 1,8 % erwartet. Das Institut geht bei dieser Prognose davon aus, dass sich der Aufholprozess nach dem coronabedingten Zwangssparen fortsetzt und sich die Konsumlaune trotz der mit dem Krieg verbundenen Unsicherheit nicht merklich eintrübt.

Die verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen drücken auf das Investitionsklima. Die hohe Unsicherheit im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Kriegs gegen die Ukraine, die Belastung der Exporte im Gefolge der

Sanktionen sowie die kräftige Steigerung der Preise für Energie und Industrierohstoffe sind zusätzliche Bremsfaktoren. Vor diesem Hintergrund muss die Investitionsprognose deutlich zurückgenommen werden. Im laufenden Jahr sollten die Anlageinvestitionen annähernd stagnieren (0,2 %) und nächstes Jahr nur um 1,3 % zulegen. Die Ausrüstungsinvestitionen (0,0 % bzw. 1,5 %) und die Bauinvestitionen (0,5 % bzw. 1,0 %) entwickeln sich sehr ähnlich.

Im Vorjahr profitierte die österreichische Exportwirtschaft von der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft und des Welthandels. Im ersten Quartal des laufenden Jahres hat sich diese positive Tendenz noch fortgesetzt. Im weiteren Jahresverlauf dürften die verschlechterten internationalen Rahmenbedingungen die Exporttätigkeit aber merklich einbremsen. Somit werden die Warenexporte im Prognosezeitraum voraussichtlich um 3,0 % bzw. 2,5 % zulegen. Die Aufhebung der coronabedingten Einschränkungen ermöglicht einen kräftigen Aufholprozess der Reiseverkehrsexporte, die sich langsam wieder dem Vorkrisenniveau annähern dürften. Die Gesamtexporte laut VGR sollten um 6,6 % bzw. 3,4 % ansteigen. Für die Gesamtimporte werden Zuwächse um 4,6 % bzw. 3,0 % erwartet. Die Außenwirtschaft liefert somit im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsbeitrag, der vor allem auf die Erholung des heimischen Tourismus zurückgeht.

Mit dem Krieg gegen die Ukraine haben die Verbraucherpreise nochmals angezogen. Ausgehend von 5,0 % zu Jahresbeginn kletterte die Inflationsrate bis Mai auf 7,7 %. Getrieben wird die Inflation weiterhin vom starken Anstieg der Energiepreise. Inzwischen hat der kräftige Preisauftrieb auch auf Lebensmittel und Industriegüter übergegriffen. Da in den kommenden Monaten mit keiner Entspannung zu rechnen ist, hebt das Institut seine Inflationsprognose für 2022 auf 7,4 % an. Im kommenden Jahr sollten von den Rohölpreisen keine preistreibenden Impulse mehr ausgehen und die globale Lieferkettenproblematik dürfte sich etwas entspannen. Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten dürften aber dazu führen, dass die Inflationsrate mit 4,7 % hoch bleibt.

Der Krieg gegen die Ukraine hat bisher kaum Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. In der ersten Jahreshälfte wurde die Beschäftigung kräftig ausgeweitet und in manchen Branchen herrscht nach wie vor Arbeitskräftemangel. Die Arbeitslosenquote liegt gegenwärtig etwa einen Prozentpunkt unter dem Vorkrisenniveau. Gegeben die konjunkturellen Rahmenbedingungen, erwartet das Institut allerdings keine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktlage im weiteren Prognosezeitraum. Laut Prognose steigt die Beschäftigung um 2,8 % in diesem bzw. 0,8 % im kommenden Jahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote (nationale Definition) wird jeweils 6,3 % betragen. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der Bekämpfung des qualifikatorischen und regionalen Mis-Matches am Arbeitsmarkt sowie der Verringerung der

Langzeitarbeitslosigkeit hohe arbeitsmarktpolitische Priorität zukommt. Sinnvoll ist wohl auch der weitere Einsatz von Kurzarbeitsmodellen für Unternehmen, die temporär unter den globalen Lieferkettenproblemen sowie den Sanktionen leiden.

Durch die Konjunkturerholung und den allmählichen Wegfall der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen entspannt sich die Lage der öffentlichen Haushalte. Die expansive Fiskalpolitik führt aber dazu, dass der Rückgang des Defizits merklich geringer ausfallen dürfte als noch in der Frühlings-Prognose erwartet. Nunmehr wird von einem Defizit von 3,8 % bzw. 1,9 % des BIP ausgegangen, nach 5,9 % im Vorjahr. Die Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich stützen zwar die Einkommen der privaten Haushalte, führen aber zu einer deutlichen Budgetbelastung. Mittelfristig bleibt Österreich auf einem nachhaltigen Budgetkurs, allerdings implizieren die Alterung der Bevölkerung und notwendige Infrastrukturausgaben zur Erreichung der Klimaziele zusätzliche Ausgaben. Durch die wiederholt angemahnten Strukturreformen könnten notwendige Investitionen in zukunftsorientierte, produktivitätserhöhende Bereiche wie Bildung, Digitalisierung und Forschung finanziert werden.

Die Prognose ist weiterhin mit beträchtlichen Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur behaftet. Die Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine sind kaum abzuschätzen. Ein Wegfall der russischen Rohstoffexporte nach Europa würde wohl zu einem weiteren Anstieg der Rohstoffpreise führen und eine Rezession auslösen. Ein Anstieg der mittelfristigen Inflationserwartungen würde eine noch stärkere Straffung der Geldpolitik erforderlich machen, was die Wirtschaftserholung weiter bremsen würde. Die Coronapandemie ist bei Weitem nicht überwunden. Das Auftreten einer neuen Coronavariante, die ebenso infektiös ist wie die Omikron-Variante und zudem den Impfschutz umgeht und sehr pathogen ist, könnte im kommenden Herbst und Winter erneute Infektionsschutzmaßnahmen erfordern.

Auch für die heimische Wirtschaft bestehen beträchtliche Abwärtsrisiken. Ein Gaslieferstopp würde die Industrie schwer treffen und zu einer tiefen Rezession führen. Der Prognose liegt die Erwartung zugrunde, dass die privaten Haushalte auf die Verringerung der Realeinkommen mit einer Senkung der Sparquote reagieren. Die hohe politische und wirtschaftliche Unsicherheit könnte aber die Stimmung der privaten Haushalte verschlechtern und die Konsumneigung verringern. Neuerliche Coronaschutzmaßnahmen würden insbesondere den Tourismus belasten. Eine länger andauernde Hochinflationsphase würde die Kaufkraft der Haushalte schwächen und könnte eine Lohn-Preis-Spirale auslösen.

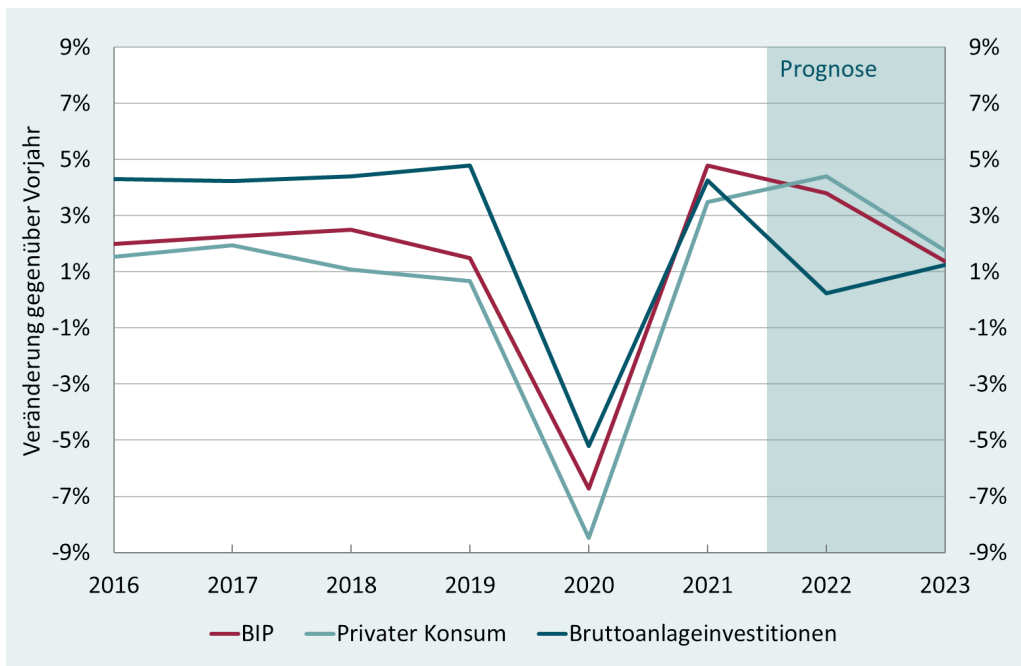
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt, real	4,8	3,8	1,4
Privater Konsum, real	3,5	4,4	1,8
Bruttoinvestitionen, real	7,1	0,5	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	4,3	0,2	1,3
Ausrüstungsinvestitionen, real	5,0	0,0	1,5
Bauinvestitionen, real	3,4	0,5	1,0
Inlandsnachfrage, real	5,9	2,6	1,1
Exporte i. w. S., real	13,9	6,6	3,4
Waren, real (laut VGR)	18,9	3,0	2,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-29,9	110,0	14,0
Importe i. w. S., real	16,7	4,6	3,0
Waren, real (laut VGR)	18,6	3,5	3,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	78,0	50,0	2,0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,5	2,8	0,8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	8,0	6,3	6,3
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	6,2	4,6	4,5
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,9	3,9	5,8
Preisindex des BIP	1,3	4,8	4,3
Verbraucherpreisindex	2,8	7,4	4,7
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-5,9	-3,8	-1,9
3-Monats-Euribor ⁱ	-0,5	0,2	2,2
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	-0,1	1,8	2,9

ⁱabsolute Werte

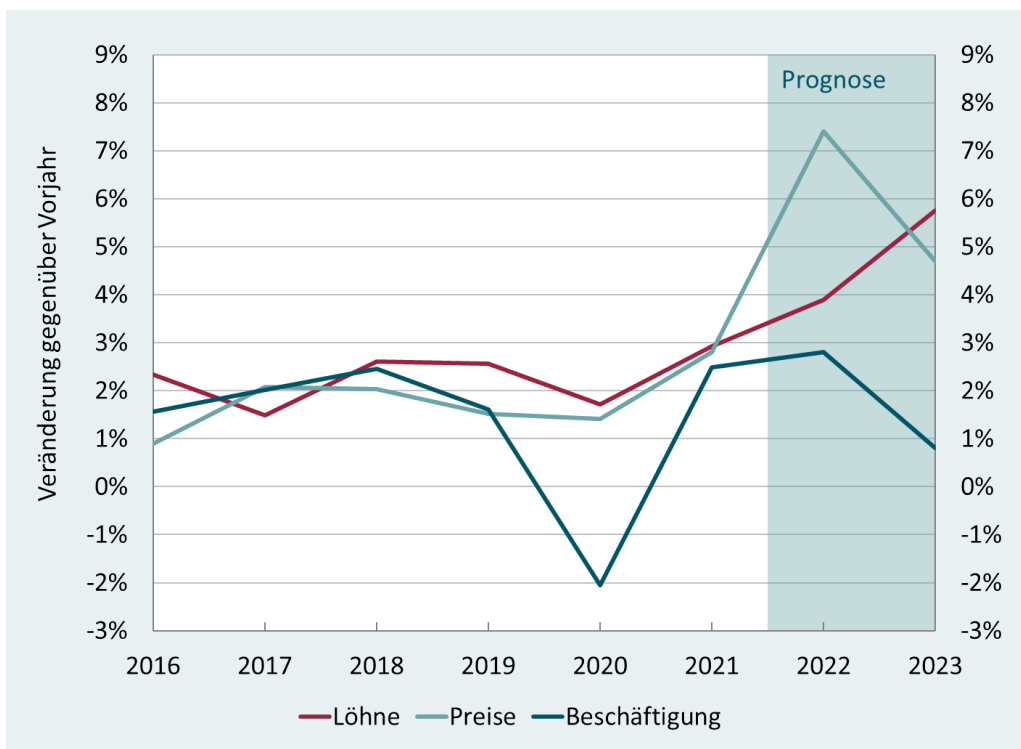
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



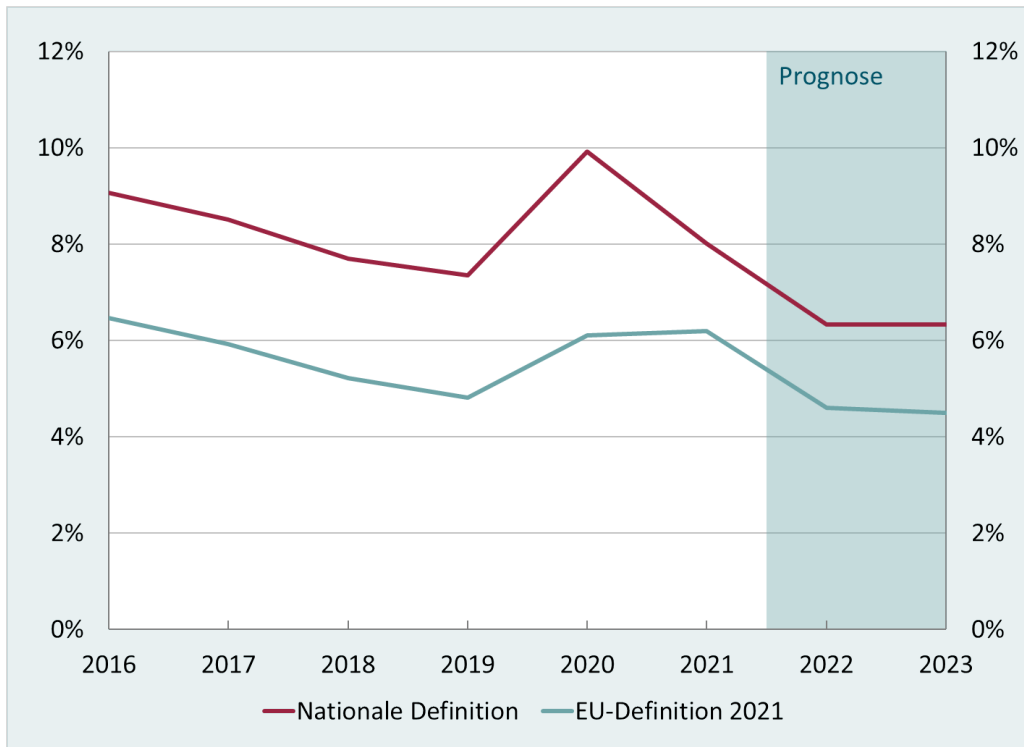
Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



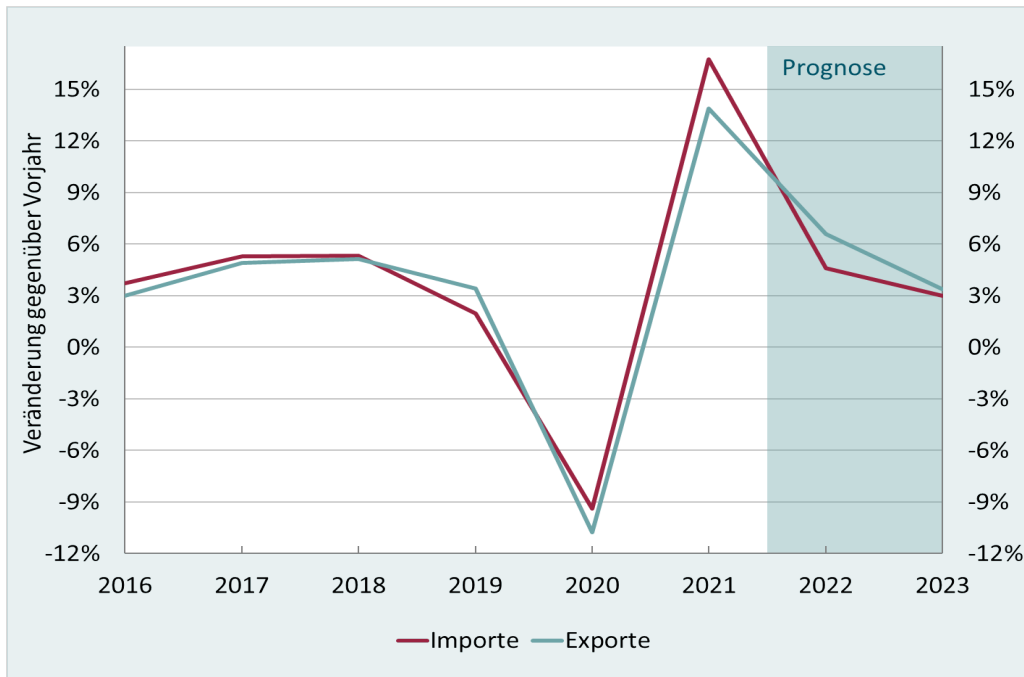
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



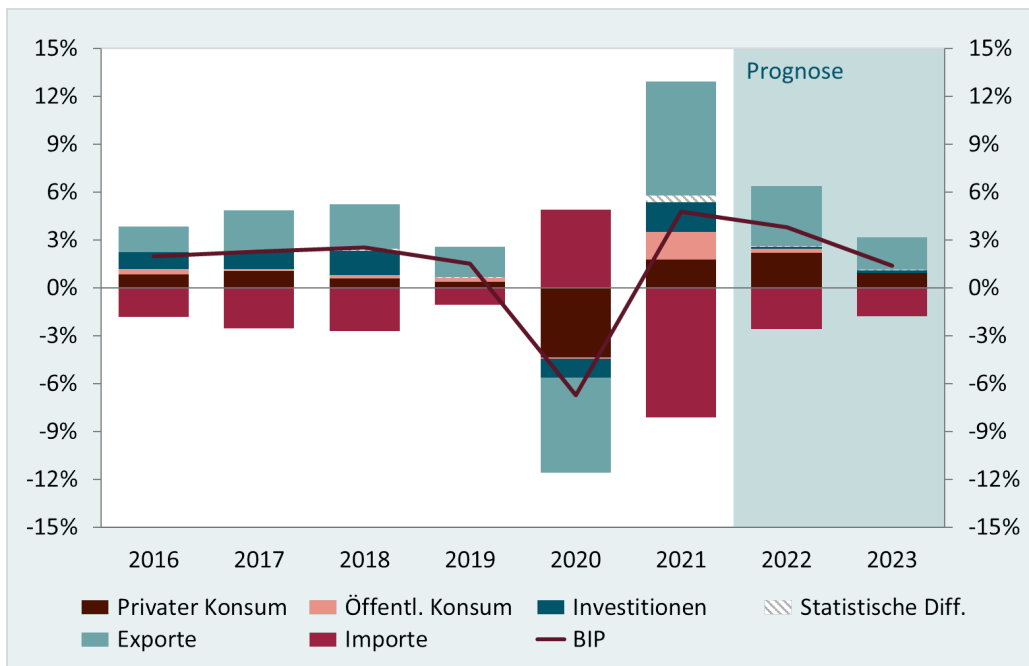
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



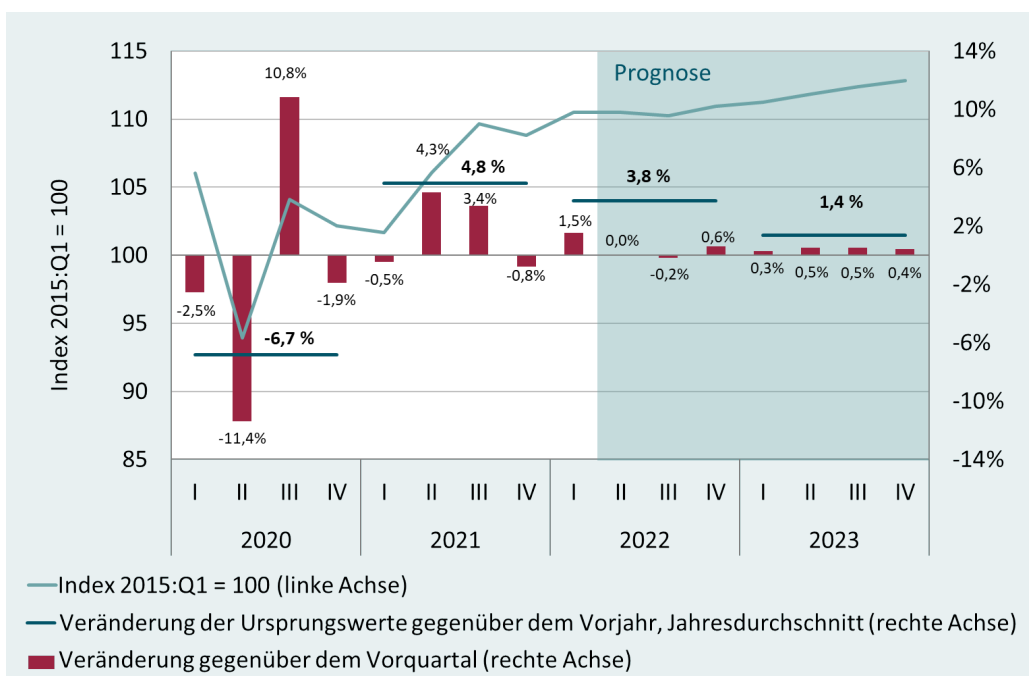
Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2022 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quellen: Statistik Austria, ab 2. Quartal 2022 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Nachdem die Erholung der **Weltwirtschaft** im zweiten Halbjahr 2021 zügig vorangeschritten war, haben sich die Rahmenbedingungen seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine deutlich verschlechtert. Hinzu kamen neuerliche Lockdowns in China zur Eindämmung der Omikron-Variante des Coronavirus. Über mehrere Wochen kam die ökonomische Aktivität weitgehend zum Stillstand, vor allem in Shanghai mit dem weltweit größten Containerhafen. In der Folge nahmen die Staus vor den großen Containerhäfen zu, zunächst vor allem in China, zuletzt aber auch in der Nordsee. Neben der erneuten Verschärfung der Probleme in den globalen Lieferketten haben die beiden Angebotschocks die bereits zuvor hohe Inflation noch weiter angeheizt.

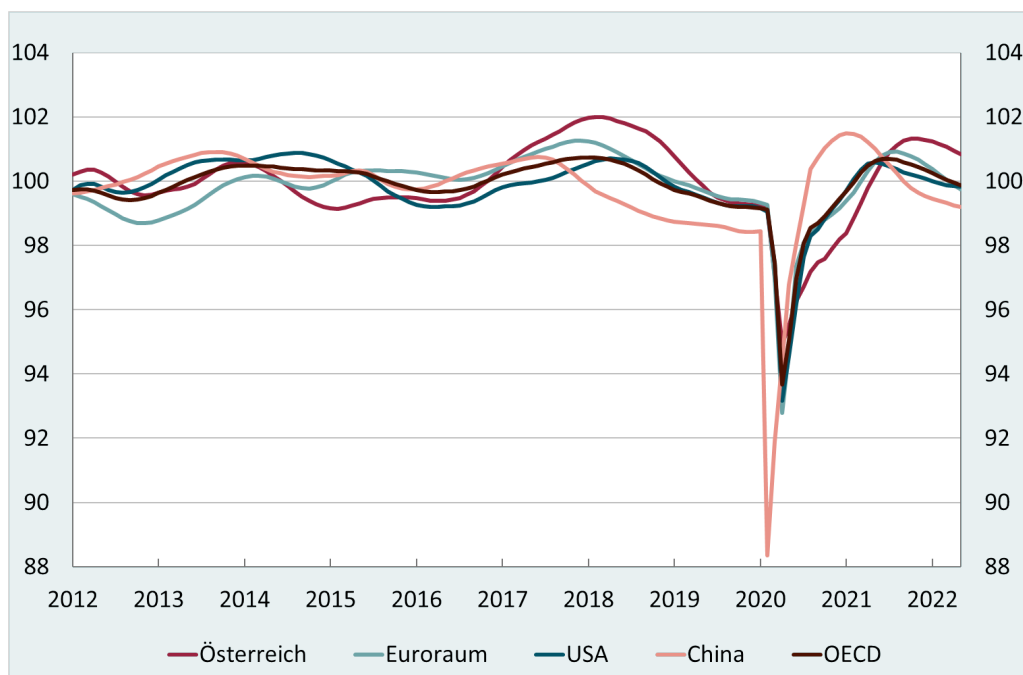
OECD-weit stiegen im April die Verbraucherpreise um 9,2 %. Hauptinflationstreiber sind die Energiepreise, seit Kriegsbeginn zogen aber auch die Nahrungsmittelpreise stark an. Der Preis für Öl der Sorte Brent ging von seinem Höchstwert von über 130 US-Dollar je Barrel zwischenzeitlich auf unter 100 US-Dollar zurück, anschließend ist er aber wieder gestiegen. Mitte Juni 2022 kostete ein Barrel Brent-Öl rund 120 US-Dollar. Maßgeblich für den erneuten Anstieg war wohl der EU-Beschluss eines schrittweisen Embargos für russisches Rohöl, das mit Schiffen in die EU transportiert wird. Die Notierungen an den Terminmärkten deuten darauf hin, dass der Ölpreis nur langsam sinken wird und im gesamten Prognosezeitraum deutlich höher als vor der Corona-Pandemie sein wird. Ein Hauptgrund hierfür ist, dass die OPEC die Produktion wohl weiterhin nur allmählich ausweiten wird und auch Öl aus anderen Ländern und alternativen Quellen, etwa Schieferöl aus den USA, nur graduell auf den Markt kommt. Der vorliegenden Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Ölpreis im Durchschnitt des laufenden Jahres 110 und im kommenden Jahr 100 US-Dollar je Barrel betragen wird, nach einem Durchschnittswert von knapp 71 US-Dollar im vergangenen Jahr.

Die Inflation hat neben den Energiepreisen bereits weitere Güter und Dienstleistungen erfasst. In der OECD stiegen im Mai die Preise ohne Energie und Nahrungsmittel mit 6,3 % kräftig. Noch stärker war der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise mit 20,4 %. So hoch war der Preisauftrieb in der OECD zuletzt Mitte der 1980er Jahre. Ein Grund für die Inflationsbeschleunigung dürfte sein, dass in manchen Ländern, etwa den USA und dem Vereinigten Königreich, angesichts von Arbeitskräfteknappheiten die Löhne anziehen. Hinzu kommt, dass durch die fiskalpolitischen Maßnahmen zur Stärkung der Einkommen während der Coronakrise die Nachfrage so stark stimuliert wurde, dass das durch die Lieferkettenprobleme begrenzte Angebot damit nicht Schritt halten konnte.

Die Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise werden wohl noch längere Zeit hoch bleiben. Bei den Industrierohstoffen wirken der forcierte Umbau der Energiesysteme hin zu regenerativen Energiequellen sowie der Umstieg auf Elektromobilität preistreibend. Bei den Nahrungsmitteln treffen die Ausfälle bei ukrainischen Getreideausfuhren auf Ernteaufälle in manchen Ländern infolge von Dürren oder Überschwemmungen.

In der Gruppe der OECD-Länder hat sich die Zunahme des saisonbereinigten Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2022 von 1,2 % auf 0,3 % abgeschwächt. Diese Verlangsamung betraf viele Länder, unter anderem die USA, das Vereinigte Königreich und Japan. Dies war teils auf vorübergehende Verschärfungen von Corona-Eindämmungsmaßnahmen, teils auf die hohe Inflation zurückzuführen. In den Schwellenländern war die Konjunktur uneinheitlich. So wurde in Indien und in Brasilien der private Konsum durch die kräftige Inflation gebremst. In Indien kam ein neuerlicher Anstieg der Corona-Neuinfektionszahlen hinzu. In einigen asiatischen Schwellenländern hingegen war die Konjunktur robust. Dies lag unter anderem an der Abkehr von einer strikten Null-Covid-Politik und an der hohen Nachfrage nach Halbleitern, wovon etwa Malaysia profitierte.

Abbildung 7: OECD-Frühindikator



Quellen: OECD, Refinitiv Datastream

Monatliche Indikatoren, wie der OECD-Frühindikator (Abbildung 7), deuten darauf hin, dass sich die globale Konjunktur in den kommenden Monaten nur schleppend entwickeln wird. Insbesondere die Konsumstimmung ist nach Beginn des Kriegs gegen

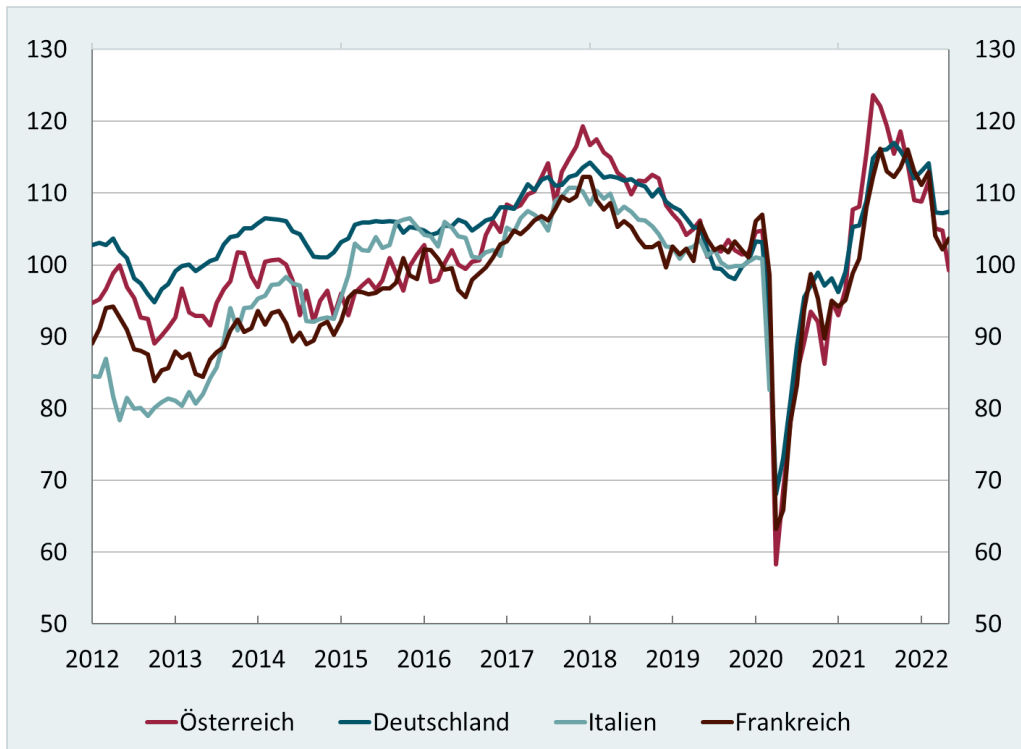
die Ukraine eingebrochen. Bremsend wirken der inflationsbedingte Kaufkraftentzug und die globalen Lieferkettenprobleme. Auch Maße für die Unsicherheit befinden sich auf hohen Niveaus. Diese Unsicherheit betrifft die weitere Entwicklung des Kriegs und – insbesondere in Europa – die Versorgungssicherheit bei den Öl- und Gasimporten aus Russland. Die von vielen Zentralbanken bereits begonnenen Leitzinserhöhungen und der deutliche Anstieg der langfristigen Zinssätze werden ebenfalls die realwirtschaftliche Aktivität bremsen.

Der Welthandel laut CPB war im Durchschnitt des ersten Quartals um 0,8 % höher als im Schlussquartal 2021. Im März sank der internationale Handel gegenüber Februar um 0,2 %. Während er in China infolge des Lockdowns in Shanghai kräftig sank, erholte er sich in den USA und in Europa. Ein ähnliches Bild zeichnet der RWI/ISL-Containerumschlagindex für April. In Russland brachen die Importe aufgrund der Sanktionen um knapp 40 % ein, aber die Exporte stiegen, was laut CPB auf zunehmende Öl- und Gasausfuhrmengen und die hohen Energiepreise zurückzuführen ist. Die Probleme in den globalen Lieferketten dürften noch längere Zeit bestehen bleiben, sodass der Welthandel im Prognosezeitraum nur wenig zulegen dürfte. In der regelmäßigen Befragung der Europäischen Kommission war im zweiten Quartal der Anteil der Unternehmen in der EU, die Materialengpässe als limitierenden Faktor der Produktion angaben, so hoch wie noch nie seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 1985. Vor diesem Hintergrund dürfte der weltweite Warenaustausch im Jahresdurchschnitt 2022 um 3,0 % und im kommenden Jahr um 2,8 % expandieren.

Im **Euroraum** stieg das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,6 %. Damit war die Wirtschaftsleistung um 0,8 % höher als vor der Corona-Pandemie. Während der Staatskonsum sowie die Waren- und Dienstleistungsexporte deutlich höher als Ende 2019 waren, waren der private Konsum, die Investitionen und die Dienstleistungsimporte noch immer niedriger als vor der Corona-Pandemie. Im ersten Quartal 2022 wurde das Wachstum im Euroraum vor allem vom Außenhandel getragen, weil die Exporte stiegen und die Importe sanken. Außerdem haben die Unternehmen, wohl aus Sorge vor weiter steigenden Vormaterialpreisen oder einer Verschärfung der Lieferkettenprobleme, die Lagerbestände aufgestockt. Dagegen stagnierten die Bruttoanlageinvestitionen, und sowohl die privaten als auch die staatlichen Konsumausgaben gingen sogar zurück. Alles in allem war die konjunkturelle Grundtendenz also schwach. Zu Beginn des Quartals wurde die gesamtwirtschaftliche Aktivität durch Corona-Eindämmungsmaßnahmen belastet, und zum Quartalsende machten sich die Folgen des Kriegs gegen die Ukraine bemerkbar. Diese Faktoren werden die Konjunktur wohl noch länger belasten. Darauf deutet die merkliche Eintrübung der Konjunkturerwartungen hin, was sich etwa im Rückgang des Indikators der wirtschaftlichen Einschätzung zeigt (Abbildung 8). Besonders drastisch hat sich das

Konsumvertrauen eingetrübt. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum im Jahresdurchschnitt 2022 um 2,6 % und im kommenden Jahr um 2,0 % steigen wird (Tabelle 2).

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.

Quellen: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Weiterhin vor allem von den Preisen für Energie und Industrierohstoffe getrieben, hat sich die Verbraucherpreisinflation im Euroraum im Jahresverlauf kräftig beschleunigt. Nachdem sich bereits im vergangenen Jahr im Zuge der Erholung von der Coronapandemie die Inflation beschleunigt hatte, kam es seit Beginn des Kriegs gegen die Ukraine zu einer massiven weiteren Verstärkung des Preisauftriebs auf 8,1 % im Mai. Dabei variierte die Inflation zwischen 5,8 % in Frankreich und 20,1 % in Estland. Während vor allem die Energie- und Nahrungsmittelpreise für die hohe Teuerung verantwortlich sind, hat sich auch die Kerninflation, also die Inflationsrate ohne diese beiden Komponenten, deutlich beschleunigt. Hatte die Kerninflation im Jänner noch 2,3 % betragen, so belief sie sich im Mai bereits auf 3,8 %. Angebotsengpässe und die Kostensteigerungen bei Rohstoffen und Vorprodukten treiben die Erzeugerpreise. Diese stiegen im Euroraum im April um 20,1 %. Auch wenn der Anstieg der Erzeugerpreise nicht vollständig an die Verbraucherpreise weitergereicht wird, spricht dieser massive Kostenanstieg doch dafür, dass eine Normalisierung der Inflationsraten erst ganz

allmählich zu erwarten ist. Das Institut geht davon aus, dass die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2022 um 7,0 % und im kommenden Jahr um 3,8 % steigen werden. Die von den globalen Preisen getriebene Inflation wird im Euroraum durch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar verstärkt. Wohl insbesondere wegen des unterschiedlichen Tempos bei der geldpolitischen Straffung hat der Euro in den vergangenen Monaten merklich an Wert gegenüber der US-Währung verloren. Der Prognose liegt ein Wechselkurs von 1,07 USD/EUR im Jahr 2022 bzw. 1,05 USD/EUR im kommenden Jahr zugrunde, nach 1,18 USD/EUR im Durchschnitt des vergangenen Jahres.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Im April 2022 betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum 6,8 %. Sie war damit bereits um 0,6 Prozentpunkte niedriger als im Februar 2020 und sogar so niedrig wie noch nie seit Bestehen der Währungsunion. Allerdings verharrt die Arbeitslosenquote bereits seit Februar auf demselben Niveau. Der qualifikatorische Mis-Match steht einer weiteren Reduktion der Arbeitslosigkeit ebenso im Wege wie Angebotsengpässe etwa bei Zwischenprodukten, die verhindern, dass die Produktion stärker ausgeweitet wird. Die Zahl der Erwerbstätigen war im ersten Quartal 2022 um 0,6 % höher als im Vorquartal, und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden stieg um 1,3 %. Damit war die Zahl der Erwerbstätigen um 1,0 % höher als vor der Corona-Pandemie, während die gesamte Arbeitszeit noch um 0,6 % unter dem Vor-Pandemie-Niveau lag.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2021	2022	2023
BIP-Wachstum	5,4	2,6	2,0
Arbeitslosenquote	7,7	6,8	6,8
Inflation HVPI	2,6	7,0	3,8

Quellen: Eurostat, ab 2022 Prognose des IHS

Die Risiken für die Weltwirtschaft sind weiterhin hoch. Eine abrupte europaweite Unterbrechung der Gaslieferungen aus Russland, ein weiterer Anstieg der Rohstoffpreise oder noch länger anhaltende Unterbrechungen der globalen Lieferketten würden die Konjunktur empfindlich belasten. Wenn die Inflation noch weiter steigt und die Gefahr höherer Inflationserwartungen zunimmt, könnten sich die Zentralbanken gezwungen sehen, die Geldpolitik energischer zu straffen als bisher vorgesehen. Dies würde das Wachstum noch stärker bremsen. Auf den Finanzmärkten bergen die hohe öffentliche und private Verschuldung sowie potenzielle Vermögenspreisblasen ein erhebliches Gefährdungspotenzial. Darüber hinaus ist die Corona-Pandemie keineswegs überwunden. Neue Virusvarianten könnten erneute Lockdowns erforderlich machen,

und sollte die chinesische Regierung an ihrer strikten Null-Covid-Politik festhalten, würde dies die Weltwirtschaft weiter belasten.

Günstiger als hier unterstellt würde sich die Weltwirtschaft entwickeln, wenn es zu einem baldigen Ende des Kriegs gegen die Ukraine käme und die Sanktionen gelockert werden könnten. Hinsichtlich der Corona-Pandemie würde eine deutliche Beschleunigung des globalen Impftempos das Risiko wirtschaftlicher Beeinträchtigungen infolge neuer Eindämmungsmaßnahmen verringern.

2.2 Länderprognosen

In den **Vereinigten Staaten** ergab sich im ersten Quartal 2022 eine Abkühlung der Wirtschaftsaktivitäten. Nach dem starken Aufschwung des vergangenen Jahres, in dem die Wirtschaftsleistung um 5,7 % ausgeweitet wurde, verzeichnete das BIP im ersten Quartal einen Rückgang um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal. Allerdings zeigte der Konsum der privaten Haushalte mit einem Zuwachs von 0,8 % weiterhin eine solide Entwicklung. Auch die Bruttoanlageinvestitionen verzeichneten mit 1,7 % einen stabilen Anstieg. Die Exporte gingen um 1,4 % zurück, während die Importe um 4,3 % anstiegen, weshalb ein Teil des BIP-Rückgangs im ersten Quartal auf einen negativen Beitrag der Nettoexporte zurückzuführen war.

Der Arbeitsmarkt wurde durch den robusten Aufschwung im vergangenen Jahr sehr positiv beeinflusst, sodass sich zuletzt eine Knappheit an Arbeitskräften bemerkbar machte und die Löhne kräftig anzogen. Der Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne lag seit Beginn des Jahres monatlich bei 5,4 % (gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr) und die Arbeitslosenquote erreichte im Mai mit 3,6 % bereits wieder den Tiefststand des vierten Quartals 2019. In den vergangenen sechs Monaten wurden durchschnittlich rund eine halbe Million neuer Jobs pro Monat geschaffen.

Die Knappheit am Arbeitsmarkt und der Lohndruck sind wesentliche Inflationstreiber. Nachdem die Inflationsrate im März mit 8,6 % den Höchststand erreichte hatte, lag sie im Mai bei 8,5 %. Die US-Notenbank Fed wirkt der hohen Inflation mit einer Straffung der Geldpolitik entgegen. Seit Jahresbeginn wurden bereits zwei Leitzinsanhebungen zu je 50 und eine um 75 Basispunkte vorgenommen, sodass die Bandbreite der Federal Funds Target Rate nun zwischen 1,50 und 1,75 % liegt. Die Fed stellt weitere Anhebungen der Leitzinsen um etwa 200 Basispunkte bis Ende 2023 in Aussicht. Die monatlichen Nettoanleihekäufe im Rahmen der quantitativen Lockerung wurden bereits beendet. Indem auslaufende Anleihen, die sich im Bestand der Zentralbank befinden, in einem bestimmten Umfang nicht mehr ersetzt werden, kommt es seit Anfang Juni zu einer graduellen Reduktion der Zentralbankbilanz. Im Zuge der Anleihekäufe waren die Anleihebestände der Fed seit Ausbruch der Pandemie von 3,9 auf 8,5 Billionen US-Dollar

angewachsen. Die Straffung der Geldpolitik trägt zu einem Anstieg der Marktzinsen bei. Treasury-Anleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren haben mittlerweile mit einer Effektivverzinsung von über 3 % eine Höhe erreicht, die zuletzt im Jahr 2018 vorherrschte. Die restriktivere Geldpolitik dämpft die Konjunktur. Infolge des BIP-Rückgangs im ersten Quartal 2022 und der gedämpften Konjunkturaussichten reduziert das Institut die BIP-Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 2,3 %. Für 2023 wird ein BIP-Wachstum von 1,7 % prognostiziert.

In **Japan** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorjahresquartal und sank um 0,1 % im Vergleich zum Vorquartal. Die schwache Dynamik ist auf Corona-Eindämmungsmaßnahmen, eine schwache Auslandsnachfrage sowie hohe Energie- und Rohstoffpreise zurückzuführen. Die Engpässe in den Lieferketten bremsen die Industrieproduktion. Auch der öffentliche Konsum und die Investitionen gingen zurück. Die Beschränkungsmaßnahmen wurden Ende März zwar gelockert, aber die Lockdowns in China und der Krieg gegen die Ukraine haben den Außenhandel beeinträchtigt. Die Inflation ist im April auf 2,5 % gestiegen und wird voraussichtlich länger auf diesem Niveau bleiben. Neben den hohen Energiepreisen waren dafür auch die Preiserhöhungen bei den Versorgungsunternehmen, einschließlich jener für die Strom- und Wasserversorgung, sowie für einige Lebensmittel ausschlaggebend. Die jüngste Abwertung des Yen verschärfte den Inflationsdruck. Trotz schwacher Konjunktur blieb die Arbeitslosenquote im April unverändert bei 2,5 %.

Für die Jahre 2022 und 2023 wird mit einer langsamen Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung gerechnet. Dabei werden die Investitionen, darunter der Bau von Halbleiterfabriken, und die Konsumausgaben durch eine expansive Finanz- und Geldpolitik unterstützt. Zusätzlich zur Verlängerung einer Subvention für Kraftstoffgroßhändler bis September kündigte die Regierung im April ein neues Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Preisanstiegs mit einem Gesamtumfang von etwa 2,4 % des BIP an. Eine schwache Auslandsnachfrage, Störungen der Lieferketten sowie Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Rohstoffpreise könnten die Erholung aber dämpfen. Insgesamt dürfte das BIP im laufenden Jahr um 1,7 % zulegen. Im Jahr 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung um 1,8 % zunehmen.

In der **Volksrepublik China** expandierte die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 4,8 % im Jahresabstand und um 1,3 % im Vergleich zum Vorquartal. Im Jänner und Februar verzeichnete die Wirtschaft ein robustes BIP-Wachstum. Als die Zahl der Coronainfektionen im März zunahm und Städte in ganz China die Eindämmungsmaßnahmen verschärften, verlangsamte sich die Wirtschaftsdynamik deutlich. Die Konjunkturabschwächung setzte sich im April fort, als sich das Virus ausbreitete und die Regierung eine Null-Covid-Strategie verfolgte. Die Lockdowns, die daraus resultierende Unsicherheit und die Unterbrechung der Lieferketten ließen die

wichtigsten Wirtschaftsindikatoren im April einbrechen. Die Einzelhandelsumsätze und die Industrieproduktion verzeichneten mit –13,0 % bzw. –2,9 % im April kräftige Rückgänge. Fabriksschließungen und Logistikstörungen führten im April zu einer deutlichen Verlangsamung der Expansion bei den Exporten und den Importen sowie bei den Anlageinvestitionen. Im Mai wurden die Corona-Beschränkungen weitgehend gelockert. Dies führte zu einer Erholung der Exporte und der Importe, während die Dynamik des privaten Konsums stark rückläufig blieb. Die Arbeitslosenquote, die sich auf Erhebungen in den Städten stützt, ist im Mai auf 5,9 % gestiegen. Wegen der schwachen Nachfrage nach Industrierohstoffen betrug die Inflation im Mai 2,1 %.

Die Abschwächung der Konjunktur im April war der Auslöser für ein Konjunkturpaket mit wachstumsfördernden Maßnahmen. Ende Mai kündigte die Regierung weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft an, darunter höhere Steuerrückerstattungen, die Verlängerung der Ermäßigung der Sozialversicherungsbeiträge für Unternehmen bis zum Ende dieses Jahres und die Ausweitung der Ermäßigung auf neue Branchen, Steuersenkungen für Autoverkäufe sowie höhere Subventionen für Fluggesellschaften, den Tourismussektor und landwirtschaftliche Betriebe. Die Ausgaben für Infrastrukturprojekte werden ebenfalls erhöht. Die Konjunkturmaßnahmen belaufen sich etwa auf 1,7 % des BIP. Für die Umsetzung der Maßnahmen sind hauptsächlich die lokalen Regierungen verantwortlich. Allerdings sind viele Regionen hoch verschuldet und können möglicherweise die Maßnahmen nicht umsetzen.

In der Prognoseperiode dürfte die chinesische Wirtschaft an Fahrt verlieren. Die hohen Rohstoff- und Energiekosten, die Energieknappheit sowie die Immobilienkrise bremsen die Wirtschaftsleistung. Die Expansion der Wirtschaftsleistung dürfte in den Jahren 2022 und 2023 4,8 % bzw. 5,0 % betragen.

In **Deutschland** ist die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2022 um 0,2 % gestiegen. Im Winterhalbjahr ergab sich ein Rückgang um 0,1 %. Die Wirtschaftsleistung war damit noch um 0,9 % niedriger als vor der Corona-Pandemie, also Ende 2019. Die Schwäche zu Beginn dieses Jahres dürfte vor allem auf die hohe Inflation zurückzuführen sein. Die Lieferengpässe, die seit dem vergangenen Jahr die Konjunkturerholung bremsen, hatten sich zu Beginn des Jahres vorübergehend etwas verringert. Inzwischen belasten aber erneute Probleme in den Lieferketten die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft. Für das zweite und dritte Quartal deuten die Indikatoren, etwa der ifo-Geschäftsklimaindex und der Lkw-Maut-Index, eine weiterhin schwache Konjunktur an.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor robust. Die Beschäftigung und die Arbeitslosenquote haben wieder das Niveau von vor der Corona-Pandemie erreicht. Die

Arbeitsmarktindikatoren weisen auf eine hohe Arbeitsnachfrage der Unternehmen hin. Gleichzeitig deuten die Rekordzahl der gemeldeten offenen Stellen und der Anstieg der durchschnittlichen Vakanzzeit auf eine Verschärfung des Fachkräftemangels hin. Dieser könnte durch die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge aus der Ukraine abgemildert werden. Auch die Zahl der Personen in Kurzarbeit sinkt weiter. Nach Schätzungen des ifo Instituts waren im Mai noch 277.000 Personen oder 0,8 % der Beschäftigten in Kurzarbeit, verglichen mit 399.000 Menschen im April und knapp sechs Millionen im April 2020 auf dem Höhepunkt der Coronakrise.

Die Inflation hat sich weiter beschleunigt und erreichte im Mai 7,9 %. Besonders stark ist die Teuerung bei Energie und Nahrungsmitteln. Aber auch die Preise vieler anderer Güter und Dienstleistungen steigen gegenwärtig kräftig, eine Lohn-Preis-Spirale zeichnet sich jedoch nicht ab. Da die Verbraucher auf die hohe Teuerung bereits mit Konsumeinschränkungen reagieren und die EZB die Geldpolitik strafft, dürfte die Inflation allmählich nachlassen. Sie dürfte aber in beiden Prognosejahren klar über dem Zwei-Prozent-Ziel der EZB bleiben.

Im Prognosezeitraum profitieren die kontaktintensiven Dienstleistungen von der fast vollständigen Aufhebung der Corona-Schutzmaßnahmen. Die hohe Teuerung belastet aber den privaten Konsum sowie, zusammen mit den wohl noch länger anhaltenden globalen Lieferproblemen, die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und am Bau. Insgesamt sollte das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 2,0 % bzw. 2,8 % zulegen.

Italien verzeichnete im ersten Quartal 2022 mit 0,1 % nur einen geringen Zuwachs des BIP gegenüber dem Vorquartal. Der private Konsum blieb mit einem Rückgang von 0,8 % hinter den Erwartungen, während die Bruttoanlageinvestitionen einen soliden Anstieg von 3,9 % verzeichneten. Die Exporte und Importe stiegen um 3,5 % bzw. 4,3 % gegenüber dem Vorquartal. Während der Aufschwung im vergangenen Jahr kräftig verlief, war demnach zu Beginn des aktuellen Jahres vor allem die Entwicklung des Konsums der privaten Haushalte überraschend schwach.

Der Anstieg der Energiepreise drückt die Realeinkommen. Die Regierung griff zur Abfederung des Energiepreisschocks auf eine Senkung der Energieabgaben zurück. Ein Sozialbonus richtete sich gezielt an einkommensschwächere Haushalte, und energieintensiven Unternehmen wurden vorübergehende Steuergutschriften gewährt, die Insolvenzen infolge der steigenden Produktionskosten verhindern sollen. Hinzu kommt die Unsicherheit durch den Krieg gegen die Ukraine. Der Stimmungsindikator der Europäischen Kommission (ESI) hat sich zwar seit letztem Jahr eingetrübt, deutet aber weiterhin auf eine Expansion der Wirtschaft hin. Unterstützt wird der private Konsum durch die sinkende Arbeitslosenquote (8,4 % im April) und steigende Beschäftigung

sowie die Möglichkeit, auf während der Pandemie angesammelte Ersparnisse zurückzugreifen. Der Tourismus erholt sich weiter, hat aber das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht. Zu Beginn des Jahres lagen die ausländischen Ankünfte noch etwa 30 % unter der Vergleichsperiode im Jahr 2019.

Die Inflationsrate lag im Mai bei 6,9 %. Die Straffung der Geldpolitik der EZB erzeugt Aufwärtsdruck auf die Marktzinsen, was die Refinanzierungsbedingungen des öffentlichen Sektors sowie von Unternehmen und Haushalten erschwert. Aufgrund der hohen Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland (ca. 45 % der gesamten Gasimporte) stellt ein Lieferstopp ein schwerwiegendes Risiko für die italienische Volkswirtschaft dar. Der nationale Wiederaufbauplan, unterstützt durch die umfangreichen „Next Generation EU“-Mittel, bleibt ein unterstützender Faktor für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 2,7 % im laufenden Jahr und 1,6 % im Jahr 2023.

Dem robusten Aufschwung von **Frankreichs** Wirtschaft im Jahr 2021 folgte im ersten Quartal 2022 eine leichte Abkühlung. Das BIP ging um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zurück, was vor allem durch die Reduktion des Konsums der privaten Haushalte um 1,4 % verursacht wurde. Der Verzicht beim Konsum dürfte trotz guter Bedingungen am Arbeitsmarkt mit Reallohneinbußen infolge der erhöhten Inflation und mit der Unsicherheit durch den Krieg gegen die Ukraine und über den weiteren Verlauf der Konjunktur in Zusammenhang stehen. Zudem war der Dienstleistungssektor zum Jahreswechsel noch durch die Omikron-Welle beeinträchtigt. Einige Umfragen, wie der Stimmungsindikator der Europäischen Kommission, weisen bereits seit Jahresbeginn auf eine Eintrübung der Stimmung unter Unternehmen und KonsumentInnen hin. Entgegen der schwachen Konsumententwicklung verzeichneten die Bruttoanlageinvestitionen im ersten Quartal 2022 einen Zuwachs von 0,6 %. Die Exporte und die Importe stiegen um 1,2 bzw. 0,5 % gegenüber dem Vorquartal. Die Arbeitslosenquote hat im April mit 7,2 % das Vorkrisenniveau bereits unterschritten. Neben der zunehmenden Knappheit an Arbeitskräften leidet die Industrie an nach wie vor gestörten Lieferketten, welche durch den Lockdown in China mit der Schließung des Hafens in Shanghai verstärkt wurden. Zunehmend spielen steigende Preise für Rohmaterialien und Vorleistungen eine Rolle, wie aus der Unternehmensumfrage der *Banque de France* im Mai hervorging. Die Inflationsrate lag im Mai bei 5,2 % und wurde vor allem durch den Anstieg der Energiepreise um 28 % verursacht. Die Regierung subventioniert vorübergehend regulierte Energiepreise und Treibstoff und stellt Energiegutscheine und Transferleistungen für BezieherInnen niedriger Einkommen bereit. Frankreichs Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Russland ist aber vergleichsweise gering. Dennoch rechnet das Institut mit einer Abschwächung des BIP-Wachstums auf 2,3 % im laufenden Jahr und 1,5 % im Jahr 2023.

Das Bruttoinlandsprodukt im **Vereinigten Königreich** ist im ersten Quartal 2022 um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Impulse kamen zuletzt von stärkeren Investitionen, während der private und der öffentliche Konsum an Schwung verloren. Am Arbeitsmarkt hat die Zahl der offenen Stellen ein neues Rekordniveau von rund 1,3 Millionen erreicht, vor allem für Stellen mit geringer Qualifikation und Bezahlung. Dies ist auch auf die Abwanderung von Arbeitskräften aus Osteuropa nach dem Austritt aus dem EU-Binnenmarkt zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund haben die Löhne spürbar angezogen. Die Beschäftigung nimmt leicht zu und die Arbeitslosigkeit hat sich zuletzt auf niedrigem Niveau stabilisiert (Arbeitslosenquote: 3,8 %). Die fast vollständige Lockerung der Corona-Eindämmungsmaßnahmen führte zu einer deutlichen Erholung bei den Urlaubsbuchungen, das Verarbeitende Gewerbe hingegen hat aufgrund von Störungen der internationalen Lieferketten deutlich nachgegeben. Die Einkaufsmanagerindizes sind im Mai leicht gesunken, signalisieren mit Werten von 54,6 im Verarbeitenden Gewerbe und 53,4 im Dienstleistungsbereich immer noch einen (leichten) Anstieg der Aktivität.

Die Inflation hat zuletzt deutlich angezogen, vor allem aufgrund steigender internationaler Energiepreise, und betrug im April 9,0 %. Dieser Wert liegt deutlich über dem Zwei-Prozent-Ziel der *Bank of England*. Auch die Inflationserwartungen sind gestiegen. Dies hat die Notenbank dazu veranlasst, ihre Leitzinsen seit Anfang des Jahres in mehreren Schritten auf gegenwärtig 1,25 % zu erhöhen. Gleichzeitig werden die Bestände aus den Anleihekäufen durch ein Ende der Reinvestitionen zurückgefahren. Eine weitere Straffung der Geldpolitik ist zu erwarten. Trotz umfangreicher Unterstützungspakete der Regierung zur Abfederung der Teuerung (37 Mrd. Pfund Sterling für 2022 bzw. rund 1,5 % des BIP) wird der private Konsum die Wirtschaft deutlich weniger stark stützen als zuletzt erwartet. Auch die Unternehmensinvestitionen und die Industrieproduktion werden durch die hohen Energiepreise, die Unsicherheit aufgrund des Kriegs gegen die Ukraine und gestörte Lieferketten gedämpft. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 3,7 % bzw. 1,2 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** ist im ersten Quartal des laufenden Jahres um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Dies ist insbesondere auf die Industrie zurückzuführen, wobei diesmal nicht nur der chemisch-pharmazeutische Sektor dafür verantwortlich war, sondern das Wachstum durch alle Industriezweige breit abgestützt wurde. Das Gastgewerbe hingegen verzeichnete einen Rückgang der Wertschöpfung und hat, wie auch andere Branchen, mit Personalengpässen zu kämpfen. Die Dienstleistungssektoren sollten sich allerdings im laufenden Quartal wegen der Aufhebung der Corona-Beschränkungen erholen. Das Verarbeitende Gewerbe kann aufgrund von Lieferengpässen und der sich eintrübenden internationalen Konjunktur nicht an die hohen Zuwachsraten vergangener Quartale anknüpfen. Der Einkaufsmanagerindex für

die Industrie hat sich im Mai auf hohem Niveau abgeschwächt (60,0), jener für den Dienstleistungssektor ist nach einem Rückgang im April im Mai wieder gestiegen (60,2). Beide Werte liegen somit deutlich über der Wachstumsschwelle von 50 und signalisieren positive Entwicklungen. Das KOF-Konjunkturbarometer sank im Mai leicht auf 96,8 Punkte. Dieser Wert ist nur noch leicht höher als der langfristige Mittelwert, was auf eine solide Wirtschaftsentwicklung hindeutet.

Die Lage am Arbeitsmarkt ist sehr gut. Die Beschäftigung steigt und die nationale Arbeitslosenquote ist in den vergangenen Monaten weiter zurückgegangen. Im Mai betrug sie 2,1 %. Die Inflation hat weiter angezogen und dämpft die Kaufkraft der Haushalte. Mit 2,9 % im Mai fiel sie im internationalen Vergleich allerdings moderat aus. Die Schweizerische Nationalbank hat im Juni eine erste Leitzinserhöhung vorgenommen und es werden weitere Schritte erwartet. Insgesamt bestehen bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte aber nach wie vor beträchtliche Aufholpotenziale und auch das Lohnwachstum hat sich überraschend positiv entwickelt, was zusätzliche Konsumanreize setzt. Der inländische Konsum sollte also in diesem Jahr die Konjunktur stützen. Insgesamt erwartet das Institut für das laufende und das kommende Jahr ein BIP-Wachstum von 2,6 % bzw. 1,6 %.

Die **mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)** verzeichneten im ersten Quartal des Jahres 2022 ein solides Wachstum. Der private Konsum und die Investitionen expandierten in den meisten Ländern deutlich. Der Dienstleistungssektor erholte sich zunehmend, während die Industrieproduktion und die Exporte nur mäßig zunahmen. Das Wirtschaftswachstum dürfte sich im laufenden Quartal abschwächen, was teilweise auf eine höhere Vergleichsbasis zurückzuführen ist.

Die Inflation erhöhte sich stark aufgrund steigender Löhne sowie höherer Energie- und Lebensmittelpreise. Dieser Trend dürfte sich im Hinblick auf den Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland fortsetzen. Während die höheren Energiepreise die Inflation anheizen, begrenzen Energiepreisregulierungen in einigen Ländern die unmittelbaren Auswirkungen. Um der hohen Inflation entgegenzuwirken, haben die Notenbanken in Tschechien, Polen, Rumänien und Ungarn ihre Geldpolitik im Laufe dieses Jahres mehrmals gestrafft. In den kommenden Monaten sind weitere Leitzinserhöhungen zu erwarten.

Der Krieg gegen die Ukraine dämpft die Wirtschaftsdynamik in den MOEL durch Auswirkungen auf die bilateralen Handelsbeziehungen sowie die Rohstoff- und Finanzmärkte, anhaltende Engpässe in den Lieferketten, Vertrauensverluste und zusätzlichen Druck auf die Energiepreise. Die stark gestiegene Inflation verringert die Realeinkommen der Haushalte, was zusammen mit dem sinkenden Konsumentenvertrauen zu einer Abschwächung des privaten Konsums führt. Die

Normalisierung der Sparquote könnte diesen Effekt hingegen dämpfen. Für die Unternehmen wirken sich neben den erhöhten Energie- und Rohstoffpreisen auch die Produktionsunterbrechungen infolge fehlender Vorprodukte negativ aus. Das sinkende Unternehmensvertrauen und niedrigere Unternehmensgewinne sowie kriegs- und pandemiebedingte Unsicherheiten führen zu einer Zurückhaltung bei Investitionsvorhaben. Anhaltende Lieferengpässe trüben zusätzlich die Aussichten. Hingegen dürften die Auszahlungen aus dem EU-Haushalt und Mittel für Investitionsvorhaben aus dem „Next Generation EU“-Programm das BIP-Wachstum substanziell unterstützen. Auch die von den jeweiligen Regierungen verabschiedeten Maßnahmen, um Auswirkungen des Energiepreisanstiegs zu mildern, stützen die Konjunktur. Alles in allem ist in diesem und im nächsten Jahr ein durchschnittlicher Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den MOEL-5 um 3,2 % bzw. 3,0 % zu erwarten.

In **Tschechien** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,9 % im Vorquartalsvergleich und um 4,8 % zum Vorjahresquartal. Das BIP-Wachstum wurde hauptsächlich vom Konsum der privaten Haushalte sowie den Investitionen und dem Lageraufbau getragen. Materialengpässe, insbesondere in der Automobilindustrie, führten zu einer Erhöhung der Lagerbestände an halbfertigen Produkten. Der Beitrag des Außenhandels war vor allem infolge eines Rückgangs der Kraftfahrzeugexporte negativ. Die Arbeitslosenquote blieb mit 2,4 % im April weiterhin besonders niedrig. Die Inflationsrate erhöhte sich auf 15,2 % im Mai. Die Fiskalpolitik bleibt expansiv. Um die Auswirkungen der hohen Inflation für die PensionistInnen abzufedern, hat die Regierung eine weitere Rentenerhöhung beschlossen. Nach einer Expansion um 1,5 % im heurigen Jahr dürfte sich das BIP-Wachstum im Jahr 2023 infolge einer dynamischen Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Exporte auf 2,7 % beschleunigen.

In **Ungarn** stieg die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 2,1 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich nahm sie um 8,0 % zu. Sowohl der private Konsum, gestützt durch steigende Löhne und Transferzahlungen, als auch die Investitionen trugen das Wachstum. Der Angebotsschock verstärkte den Inflationsdruck und die Teuerungsrate erhöhte sich auf 10,8 % im Mai. Die Arbeitslosenquote stieg im April leicht auf 3,4 %. Die Deckelung der Preise von sechs Grundnahrungsmitteln und für Treibstoff wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr verlängert und dürfte die Konjunktur weiter stützen. Unterbrechungen der Lieferketten und eine Dämpfung der Auslandsnachfrage infolge des Kriegs gegen die Ukraine bremsen hingegen die Exporte. Eine Freigabe der eingefrorenen Mittel aus dem „Next Generation EU“-Programm könnte die Investitionen im nächsten Jahr beschleunigen. Insgesamt wird mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um 3,0 % bzw. 3,3 % gerechnet.

Im ersten Quartal erhöhte sich in **Polen** die Wirtschaftsleistung um 2,5 % zum Vorquartal und um 9,2 % zum Vorjahresquartal. Höhere Staatsausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine zusammen mit robusten Anlageinvestitionen und einem starken Lageraufbau stützten das Wachstum. Dabei blieb die Arbeitslosenquote im April mit 3,0 % unverändert niedrig. Aufgrund steigender Preise für Energie, Lebensmittel und Mieten erhöhte sich die Inflation im Mai auf 12,8 %. Die Anti-Inflationsmaßnahmen der Regierung, die eine Senkung der Steuer auf Kraftstoffe und Energieprodukte und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wie Brot, Fleisch und Molkereiprodukte beinhalten, dürften bis Ende 2023 verlängert werden und konjunkturstützend wirken. Die kürzliche Freigabe der „Next Generation EU“-Mittel wird die Investitionen ankurbeln. Die anhaltenden Lieferengpässe könnten hingegen die Wirtschaftsdynamik bremsen. Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr um 4,0 % und im Jahr 2023 um 3,0 % zunehmen.

In der **Slowakei** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal und um 3,0 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Allerdings blieb das BIP immer noch um 1,0 % niedriger als vor der Pandemie. Während die Inlandsnachfrage das Wachstum stützte, gingen die Nettoexporte infolge anhaltender Unterbrechungen in den globalen Automobil-Lieferketten zurück. Die Arbeitslosenquote lag im April bei 6,3 % und damit um 0,8 Prozentpunkte unter dem April-Niveau des Vorjahres. Die Inflation erhöhte sich im Mai auf 11,8 %. Die starke Abhängigkeit von russischen Energieimporten und die Bedeutung des Automobilsektors mit Lieferengpässen bei Vorprodukten erhöhen die Konjunkturrisiken in der Prognoseperiode. In diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 2,3 % und im nächsten Jahr um 3,5 % wachsen.

In **Slowenien** expandierte das BIP im ersten Quartal infolge einer robusten Inlandsnachfrage um 0,8 % zum Vorquartal bzw. um 9,6 % im Vorjahresvergleich. Während das Jahresergebnis von der niedrigen Vergleichsbasis profitierte, dämpften die rückläufigen Exporte das Quartalsergebnis. Die Teuerungsrate erhöhte sich im Mai auf 8,7 % und dürfte bis Ende dieses Jahres hoch bleiben. Um den Inflationsdruck zu bremsen, hat die Regierung einen Höchstpreis für Treibstoff festgelegt. Die Arbeitslosigkeit blieb seit Anfang des Jahres stabil auf 4,0 %. Der private Konsum und die durch EU-Mittel gestützten Investitionen dürften die wichtigsten Wachstumsmotoren im Prognosezeitraum bleiben. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2022 und 2023 um 3,8 % bzw. um 3,0 % expandieren.

Im ersten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 5,2 % gegenüber dem Vorquartal und um 6,5 % im Vorjahresvergleich. Ein robuster privater Konsum, zunehmende Investitionen sowie hohe Staatsausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine stützten das Wachstum. Die Arbeitslosenquote blieb im April

mit 5,5 % auf einem, im Vergleich zu anderen Ländern der Region, hohen Niveau. Die Inflation beschleunigte sich und lag im Mai bei 12,4 %. Konjunkturstützend wirkt im Prognosezeitraum die expansive Fiskalpolitik, die eine Unterstützung für Haushalte und KMU vorsieht. So hat die Regierung die Strom- und Gaspreise für Haushalte und Unternehmen bis Ende März 2023 gedeckelt. Die rechtzeitige Umsetzung der mit der EU im Rahmen des Wiederaufbauplans vereinbarten Reformen ist ausschlaggebend für die Absorption der vorgesehenen EU-Mittel für Investitionen. Getragen von der Inlandsnachfrage dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 und 2023 um jeweils 3,5 % expandieren.

Getrieben von den Reiseverkehrsexporten und der Inlandsnachfrage nahm das Bruttoinlandsprodukt in **Kroatien** im ersten Quartal um 2,7 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich expandierte es um 6,7 %. Infolgedessen sank die Arbeitslosigkeit um 2,1 Prozentpunkte auf 6,1 % im April. Die Inflationsrate erhöhte sich im Mai auf 10,7 %. Um den steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken, hat die Regierung eine Preisdeckelung für Kraftstoffe verabschiedet, die Mitte Juni in Kraft getreten ist. In diesem und im nächsten Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt infolge einer dynamischen Inlandsnachfrage und eines regen Tourismus um 3,8 % bzw. um 3,5 % zunehmen. Am 1. Jänner 2023 wird Kroatien dem Euroraum beitreten.

Im ersten Quartal wuchs die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 0,8 % im Vorquartalsvergleich und um 4,0 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dabei lag die Arbeitslosenquote im April mit 4,0 % um 1,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die Inflation erhöhte sich auf 13,4 % im Mai. Eine geringere Dynamik des privaten Konsums infolge eines schwächeren Anstiegs des real verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte und einer Verlangsamung des Kreditwachstums der privaten Haushalte bei steigenden Kreditzinsen dürfte das BIP-Wachstum in der Prognoseperiode dämpfen. Infolgedessen dürfte sich das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 2,0 % bzw. um 3,3 % erhöhen.

Russlands Krieg gegen die Ukraine dauert bereits vier Monate an. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs und der westlichen Sanktionen sind in der russischen Wirtschaft bereits stark zu spüren. Im ersten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung noch um 3,5 % im Vorjahresvergleich. Während die Entwicklung im März noch positiv war, schrumpfte das BIP im April laut einer Schätzung des Wirtschaftsministeriums um 3,0 % im Vorjahresvergleich. So erhöhten sich die Einzelhandelsumsätze im März um 2,0 %. Im April schrumpften sie aber um 10,0 %. Die Industrieproduktion erhöhte sich im März um 3,0 % gegenüber dem Vorjahr, im April sank sie aber um 2,0 %. Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe ist rückläufig. Dies spiegelt größtenteils Bauteilknappheit und Versorgungsprobleme wider infolge von Sanktionen der westlichen Länder sowie der Entscheidung vieler internationaler Unternehmen, sich

aus Russland zurückzuziehen. Die Automobilproduktion in Russland ist im April im Jahresvergleich um über 60 % zurückgegangen. Zusätzlich ging die Herstellung von anderen Transportfahrzeugen und elektrischen Geräten um knapp 10 % zurück. Andererseits verzeichneten einige wenige Branchen, vor allem die Pharmaindustrie, im April ein starkes Wachstum.

Da die Nachfrage nach russischem Öl stark abgenommen hat, ging die Ölförderung im April um 10 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Das russische Wirtschaftsministerium prognostiziert für das laufende Jahr einen Rückgang der Ölproduktion um 10 %. Anders als in die Länder, die die Sanktionen mittragen, sind die Ölexporte Russlands nach China und Indien gestiegen, allerdings mit einem kräftigen Abschlag gegenüber dem Preis für Öl der Sorte Brent.

Das gesamte Verkehrsaufkommen ging im April um 6 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Da viele Länder ihren Luftraum für russische Flugzeuge gesperrt und die EU und die USA die Ausfuhr von Luft- und Raumfahrtprodukten und -dienstleistungen nach Russland verboten haben, ging die Luftfracht im April um 85 % zurück. Die Sanktionen schränkten die Importmöglichkeiten Russlands stark ein. Positiv entwickelten sich im April hingegen das Baugewerbe, angetrieben vom starken Wohnungsbau, und die landwirtschaftliche Produktion.

Die Verknappung des Angebots beschleunigte die Inflation. Die Verbraucherpreise stiegen im Mai um 17,1 %. Um die Wirtschaft zu stützen, senkte die Zentralbank den Leitzins im Juni auf 9,5 %. Da viele ausländische Unternehmen, die Russland verlassen haben, ihre Beschäftigten noch nicht entlassen haben, spiegelt sich die Verschlechterung der Wirtschaftslage noch nicht auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Arbeitslosenquote betrug im April 4,0 %. Der Abbau der Beschäftigung dürfte sich in den kommenden Monaten beschleunigen.

Der Staatshaushalt verzeichnete im April ein Defizit. Dieses dürfte sich in den kommenden Monaten noch ausweiten. Die Sanktionen sowie die Ausgaben für die Finanzierung der Kriegskosten und der zahlreichen Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft, wie die Erhöhung der Sozialausgaben und der Pensionen, belasten die öffentlichen Finanzen. Eine starke Verringerung der Importe der EU von Gas und Öl infolge des EU-Importverbots für Öl und Mineralprodukte bis zum Ende dieses Jahres sowie das Importembargo der USA und des Vereinigten Königreichs dürften die Deviseneinnahmen stark reduzieren. Die Übergangsfristen von sechs bis acht Monaten dürften die Wirkung nur verzögern.

Für das laufende Jahr ist eine starke Rezession in Russland zu erwarten. Die Wirtschaftsleistung dürfte im laufenden Jahr um 10,0 % zurückgehen. Dämpfend wirken sowohl der private Konsum als auch, infolge der Abwanderung ausländischen Kapitals,

eine schwache Investitionstätigkeit. Gleichzeitig dürften die Exporte und die Importe stark schrumpfen. Im nächsten Jahr könnte die Wirtschaftsleistung einen weiteren Rückgang um 2,0 % verzeichnen.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021	2022	2023
BIP, real					
Deutschland	1,1	-4,6	2,9	2,0	2,8
Italien	0,5	-9,0	6,6	2,7	1,6
Frankreich	1,8	-7,8	6,8	2,3	1,5
Vereinigtes Königreich	1,7	-9,3	7,4	3,7	1,2
Schweiz	1,2	-2,4	3,7	2,6	1,6
USA	2,3	-3,4	5,7	2,3	1,7
Japan	-0,7	-4,5	1,7	1,7	1,8
China	6,0	2,2	8,1	4,8	5,0
Polen	4,7	-2,2	5,9	4,0	3,0
Slowakei	2,6	-4,4	3,0	2,3	3,5
Tschechien	3,0	-5,8	3,3	1,5	2,7
Ungarn	4,6	-4,5	7,1	3,0	3,3
Slowenien	3,3	-4,2	8,1	3,8	3,0
MOEL-5 ⁱ	4,1	-3,5	5,4	3,2	3,0
Bulgarien	4,0	-4,4	4,2	2,0	3,3
Rumänien	4,2	-3,7	5,9	3,5	3,5
Kroatien	3,5	-8,1	10,2	3,8	3,5
Russland	2,2	-2,7	4,7	-10,0	-2,0
Euroraum	1,6	-6,3	5,4	2,6	2,0
NMS-6 ⁱⁱ	4,2	-3,9	5,7	3,3	3,1
EU-27	1,8	-5,9	5,4	2,7	2,0
OECD	1,7	-4,6	5,5	2,6	1,9
Welt	2,7	-3,4	5,8	3,0	2,6
Welthandel (Waren laut CPB)	-0,4	-5,2	10,3	3,0	2,8
Österreichische Exportmärkte	2,3	-8,7	9,9	4,5	3,5
USD/EUR Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,12	1,14	1,18	1,07	1,05
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	64,3	42,8	70,7	110,0	100,0

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** entwickelte sich zu Jahresbeginn sehr dynamisch, was auf Gesamtjahressicht die erwartete Abschwächung verbergen wird. Nachdem sich im ersten Quartal ein solider Anstieg des Welthandels von 4,8 % gegenüber dem Vergleichsquartal im Vorjahr ergeben hatte, werden die mit dem Krieg gegen die Ukraine verbundene geopolitische Unsicherheit, die Sanktionen gegen Russland und der Energiepreisschock ihre Spuren in der Entwicklung des internationalen Handels hinterlassen. Zudem bewirkte der Lockdown Chinas mit der Sperrung des Hafens von Shanghai während des zweiten Quartals erneute Störungen der globalen Lieferketten. Beeinträchtigungen in der Containerschifffahrt und im Überseehandel hielten sich in der gesamten ersten Jahreshälfte. Hinzu kommt die Abkühlung der US-Konjunktur, welche die Auslandsnachfrage der zweitgrößten Volkswirtschaft dämpft.

Die österreichischen Warenexporte haben sich im Jahr 2021 mit einem Anstieg von real 18,9 % nach dem Einbruch im Jahr 2020 schnell wieder belebt. Im ersten Quartal 2022 hat sich die Erholung mit einem Anstieg von 2,7 % gegenüber dem Vorquartal fortgesetzt. Für das zweite Quartal haben sich die Export-Vorlaufindikatoren aber eingetrübt. Sektorale bzw. güter- und dienstleistungsbezogene Einschränkungen von Exporten im Rahmen der Sanktionen reduzieren die Warenexporte nach Russland. Wegen der positiven Entwicklung im ersten Quartal geht das Institut trotz der erwarteten Abkühlung von einem Anstieg der Warenexporte um 3,0 % im Jahr 2022 aus. Für das Jahr 2023 wird ein Anstieg um 2,5 % prognostiziert.

Das Exportwachstum wurde im ersten Quartal maßgeblich durch den Reiseverkehr getragen. Trotzdem waren die Reiseverkehrsexporte noch rund 30 % niedriger als im Vergleichsquartal des Rekordjahres 2019. Im April hat sich die Lücke bei den Nächtigungen von AusländerInnen gegenüber dem Vergleichsmonat im Jahr 2019 auf 11,1 % reduziert. Der Städtetourismus (-37,5 % gegenüber April 2019) sowie die Nächtigungen von Gästen aus Übersee (USA: -48,5 %) hinken noch hinterher, während die Nächtigungen deutscher Gäste im April bereits über dem Vorkrisenniveau lagen. Die Geschäftslage im Bereich Beherbergung und Gastronomie hat sich trotz eines Personalmangels kontinuierlich verbessert und die Auftragsbestände signalisieren ein fortgesetztes Aufholen über den Sommer. Es werden für die Prognose keine wirtschaftlichen Auswirkungen durch Pandemie-Restriktionen in der Gastronomie und Beherbergung bzw. des internationalen Reiseverkehrs mehr unterstellt. Für das laufende Jahr wird insgesamt ein Anstieg des Reiseverkehrs um 110,0 % erwartet und für das Jahr 2023 prognostiziert das Institut einen Zuwachs von 14,0 %. Insgesamt dürften die realen Exporte i.w.S. laut VGR im Jahr 2022 um 6,6 % und im Jahr 2023 um 3,4 % wachsen.

Die Warenimporte aus Russland machten vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019 1,8 % der gesamten Importe aus, davon entfielen rund 80 % auf Brennstoffe und Energie. Im ersten Quartal 2022 stieg der Anteil russischer Güter vor allem infolge des Preisanstiegs bei Rohöl bzw. Erdgas auf 4,4 % der gesamten Warenimporte. Der Preisauftrieb der Energieimporte verursacht einen deutlichen Anstieg des Preisindex für Warenimporte. Für den Preisindex für Importe i.w.S. laut VGR wird für das gesamte Jahr ein Anstieg von 9,0 % und für das Folgejahr von 3,1 % erwartet. Analog zur Abkühlung der heimischen Konjunktur im weiteren Verlauf des Jahres werden die realen Importe i.w.S. laut VGR im laufenden Jahr voraussichtlich um 4,6 % zunehmen und im Jahr 2023 mit 3,0 % expandieren.

4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

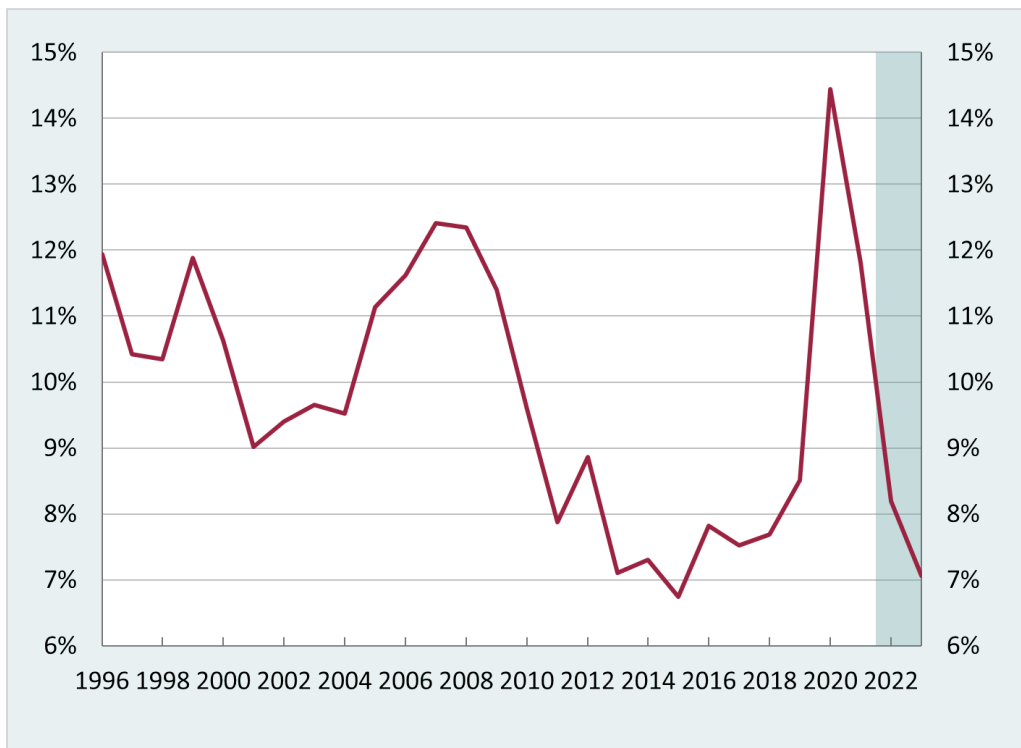
Das Konsumverhalten der österreichischen Haushalte wird derzeit von zwei einander entgegenwirkenden Kräften bestimmt. Einerseits haben die Haushalte während der Pandemie und den zu ihrer Eindämmung verfügbaren Maßnahmen auf Konsum unfreiwillig verzichtet und dabei beträchtliche Finanzvermögen aufgebaut. Der Wunsch ist groß, diese übermäßigen Sparpolster abzubauen und in Anschaffungen ebenso wie in Dienstleistungen umzusetzen. Andererseits aber nagt der starke Preisauftrieb an den Realeinkommen wie auch an den Realvermögen und schränkt den Handlungsspielraum wieder deutlich ein. In der Frühlings-Prognose ging das Institut sogar von heuer leicht schrumpfenden verfügbaren Realeinkommen aus, die mittlerweile angekündigten oder schon umgesetzten stützenden Maßnahmen garantieren jedoch ein geringes positives Realeinkommenswachstum.

Zu Jahresbeginn waren die monatlich ausgewiesenen Nachfrageindikatoren wie Einzelhandelsumsätze und Neuanmeldungen von Kraftfahrzeugen recht schwach, zumindest der Handel entwickelte sich jedoch in der Folge lebhaft. Interessant ist hier auch die schwankende Balance zwischen Waren und Diensten in der privaten Nachfrage. Die Lockdowns der Pandemiezeit haben den Konsum kurzlebiger Güter besonders gefördert und das Konsumieren von Diensten, von Massage bis hin zu Urlaubsreisen, erschwert oder verunmöglicht. Ob die Haushalte in der Folge vollends zum gewohnten Konsummuster zurückkehren, ist fraglich, zuletzt hat sich aber doch gerade die Nachfrage nach Dienstleistungen verstärkt. Die Aussichten über weitere Entwicklungen, insbesondere bei den direkten und indirekten Auswirkungen der russischen militärischen Aggression gegen die Ukraine, haben sich mittlerweile eher eingetrübt. Sogar die schon besiegt scheinende Pandemie wird wieder als möglicher Störfaktor angeführt. Diese in etwas fernere Zukunft projizierten Unsicherheiten stören eine langfristige Planbarkeit empfindlich, können allerdings auch die Konsumnachfrage anregen, wenn die Haushalte beschließen zu konsumieren, solange es noch leichter möglich ist.

Gegenüber der Frühlings-Prognose wird die Haushaltsnachfrage nunmehr ein wenig vorsichtiger eingeschätzt, da sich der Preisauftrieb weiter verfestigt hat. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst heuer inflationsbereinigt um 4,5 %. Dies ist nach wie vor eine für dieses Nachfrageaggregat sehr hohe Wachstumsrate. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen expandieren nämlich im laufenden Jahr nur um 0,2 %. Die Haushalte entsparen also heuer kräftig. Im kommenden Jahr werden sie sich über eine geringfügig stärkere Einkommensexpansion mit einer realen Zuwachsrate von 0,5 % erfreuen können. Die Dynamik der stärker konsumwirksamen Lohneinkommen bleibt 2022 leicht unter den Gewinneinkommen, ist aber 2023 schon wieder dominant. Stärker

wachsende Lohneinkommen setzen dann einen ausgabenfreudigen Akzent. Das noch immer recht starke Konsumwachstum von 1,8% im kommenden Jahr wird die Rückführung der Haushaltssparquote auf das vor der Pandemie übliche Niveau vollenden. Allerdings bewerkstelligt auch diese recht ausgabenfreudige Zeit keine volle Neutralisierung der durch die Pandemie erhöhten Geldvermögen; es überlebt also eine Reserve von Ersparnissen.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte



Quellen: Statistik Austria, ab 2022 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Im Zeitraum vor der Pandemie hat sich diese Kenngröße in einer Aufbauphase befunden. Die deutlichen Realeinkommenszuwächse in diesen Jahren boten genügend Spielraum, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Das Jahr 2020 hat zu massivem Zwangssparen in Folge der pandemiebedingten Konsumbeschränkungen und zu einem Spitzenwert von 14,4% geführt. Im Vorjahr ließen die Einschränkungen nach, und die Haushaltssparquote konnte etwas abgebaut werden. In den beiden Prognosejahren kehrt nun diese Kenngröße mit Werten von 8,2% und 7,1% schrittweise zu ihrem Normalwert zurück.

Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste** ohne Erwerbscharakter stagnierte im Vorjahr, wird aber im Prognosezeitraum wieder etwas

expandieren. Für das laufende Jahr ist mit einem Wachstum um 2,5 % zu rechnen, im nächsten Jahr um 2,0 %. Unter Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von 4,4 % und 1,8 % in den beiden Prognosejahren.

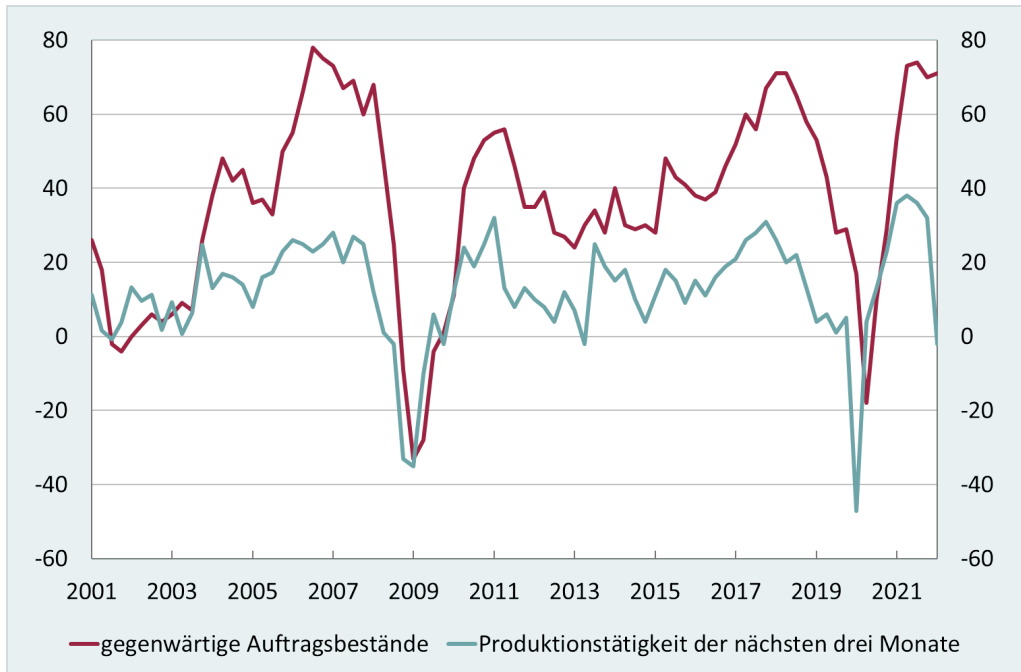
Nachdem sich die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** im vergangenen Jahr von ihrem pandemiebedingten Einbruch erholt hatten, haben sich die Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit im ersten Quartal deutlich verschlechtert. Mit dem Krieg gegen die Ukraine haben sich die globalen Lieferkettenprobleme wieder verschärft und die Preisanstiege bei vielen Rohstoffen und Zwischenprodukten weiter verstärkt. In saisonbereinigter Rechnung wurden die Ausrüstungsinvestitionen um 0,2 % gegenüber dem vierten Quartal 2021 ausgeweitet. Dabei gingen die Anschaffungen von Fahrzeugen um 0,9 % und jene von Maschinen und Geräten um 1,3 % zurück. Weiterhin positiv entwickelten sich mit 2,1 % nur die Investitionen in geistiges Eigentum. Im Ergebnis waren die Ausrüstungsinvestitionen noch immer um 0,4 % niedriger als vor der Corona-Pandemie. Besonders groß war der Rückstand mit 14,2 % bei den Investitionen in Fahrzeuge. Die Anschaffungen von Maschinen und Geräten waren noch um 1,7 % niedriger, die Investitionen in geistiges Eigentum hingegen um 6,3 % höher als im vierten Quartal 2019.

Für den Prognosezeitraum ist mit einer schwachen Investitionsentwicklung zu rechnen, die sich erst allmählich beleben dürfte. Die Konjunktüreinschätzungen der heimischen Industrieunternehmen haben sich im Gefolge der Eintrübung der internationalen Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert (Abbildung 10). Hinderlich für die Investitionstätigkeit ist vor allem die hohe Unsicherheit hinsichtlich des Fortgangs des Kriegs gegen die Ukraine und der Gasversorgung in Europa. Darüber hinaus verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen. Die hohe Inflation und die geldpolitische Straffung haben bereits zu einem Anstieg der langfristigen Zinssätze geführt. In der quartalsweisen Umfrage zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) gaben außerdem die Banken an, dass im ersten Quartal die Margen für Unternehmenskredite aufgrund des steigenden Ausfallrisikos leicht erhöht wurden und im zweiten Quartal die Kreditvergaberichtlinien verschärft werden sollten. Die Konjunkturabschwächung dämpft auch die Unternehmensgewinne, was ebenfalls die Finanzierungsmöglichkeiten beeinträchtigt. Gestützt werden die Investitionen von der nach wie vor hohen Kapazitätsauslastung (Abbildung 11).

Vor dem Hintergrund der geschilderten Rahmenbedingungen erwartet das Institut, dass die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen heuer stagnieren und im kommenden Jahr um 1,5 % ausgeweitet werden, nach einem Wachstum um 5,0 % im vergangenen Jahr.

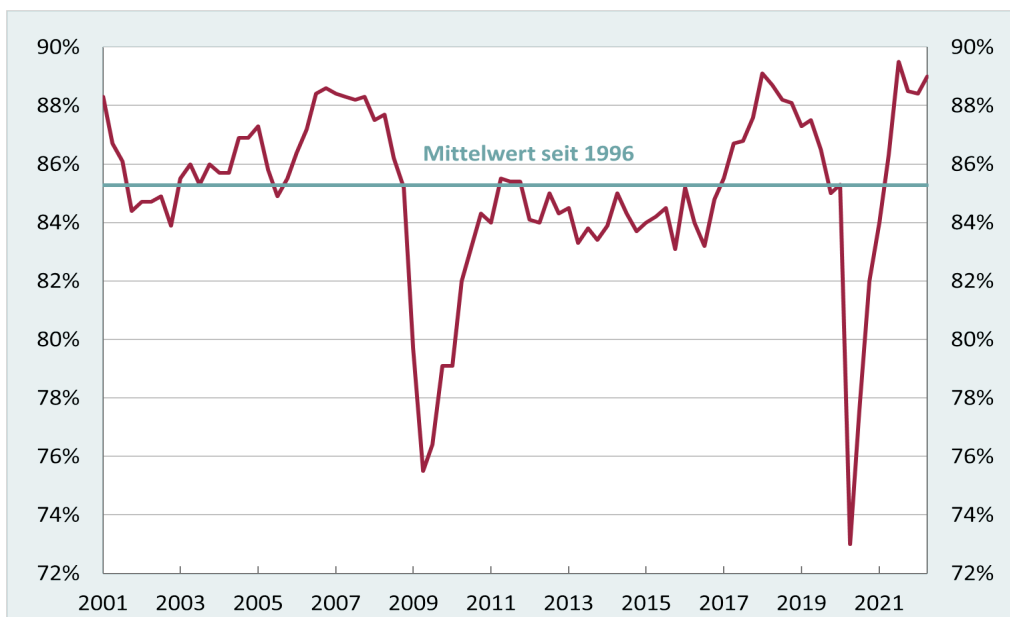
Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie saisonbereinigt



Quelle: Europäische Kommission

Inzwischen macht sich die Verteuerung der industriellen Rohstoffe, Vor- und Zwischenprodukte auch im Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen bemerkbar. Diese Preise sind normalerweise relativ stabil. Im Durchschnitt der vergangenen 25 Jahre stieg der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen in Österreich um 0,7 %. Im ersten Quartal 2022 betrug der Anstieg bereits 3,7 % im Vorjahresvergleich. Der starke Anstieg der industriellen Erzeugerpreise lässt erwarten, dass die Teuerung bei den Investitionsgütern im Prognosezeitraum nur langsam nachlassen wird. Alles in allem dürfte der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um 3,5 % und im kommenden Jahr um 2,0 % steigen.

Die hohen Preisanstiege und die Lieferengpässe bei Baumaterialien belasten die **realen Bauinvestitionen**. Im ersten Quartal 2022 waren die Wohnbauinvestitionen um 2,9 % niedriger, die sonstigen Bauinvestitionen um 1,4 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. In saisonbereinigter Rechnung stiegen die Bauinvestitionen. Im ersten Quartal dürfte aber das milde Winterwetter die Bautätigkeit begünstigt haben. Die Investitionen in Wohnbauten sind nun knapp ½ % höher, die sonstigen Bauinvestitionen knapp 2 % niedriger als vor der Corona-Pandemie.

Im Prognosezeitraum dürften sich die Bauinvestitionen schwach entwickeln. Die Lieferprobleme werden wohl nur sehr langsam nachlassen, ebenso wie die Teuerung. Außerdem verschlechtern sich die Finanzierungsbedingungen. Die Zinsen steigen, und Bankkredite werden teurer und restriktiver vergeben. Laut einer Analyse der Oesterreichischen Nationalbank hat der starke Anstieg der Wohnimmobilienpreise während der vergangenen Jahre dazu geführt, dass die Immobilienpreise österreichweit inzwischen um 35 % höher sind, als es durch die Fundamentalfaktoren (etwa Kredittragfähigkeit, Relation zwischen Immobilienpreisen und Mieten bzw. Baukosten) gerechtfertigt wäre. Österreichs Finanzmarktstabilitätsgremium hat daher makroprudenzielle Maßnahmen empfohlen, die letztlich zu einer restriktiveren Kreditvergabe führen werden. Die Regeln beziehen sich auf die Beleihungsquote bei Wohnimmobilienkrediten, die Schuldendienstquote sowie die maximale Kreditlaufzeit. In der Umfrage zum Kreditgeschäft gaben die Banken an, aufgrund dieser Anforderungen die Richtlinien für private Wohnbaukredite verschärfen zu wollen. Eine Abschwächung der Dynamik bei den Wohnbauinvestitionen signalisiert der Rückgang der Baubewilligungen. Diese waren im Jahresdurchschnitt 2021 um 6,1 % niedriger als im Jahr davor, wobei sich der Rückgang in der zweiten Jahreshälfte deutlich beschleunigte.

Für die sonstigen Bauinvestitionen sind die Aussichten kaum besser als für den Wohnbau. Die Bautätigkeit der Unternehmen leidet ebenfalls unter der Verschärfung der Finanzierungsbedingungen. Zudem drücken die hohe Unsicherheit und die allgemeine Konjunkturabschwächung auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Bei den öffentlichen Bauinvestitionen macht sich die Verschlechterung der öffentlichen

Finanzen bemerkbar. Die fiskalpolitischen Maßnahmen betreffen zwar in erster Linie den Bund und die Länder, aber über den Finanzausgleich sind auch die Gemeinden, die für den größten Teil der öffentlichen Investitionen verantwortlich sind, von der Verschlechterung der öffentlichen Finanzen betroffen.

Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Durchschnitt des laufenden Jahres um 0,5 % und im kommenden Jahr um 1,0 % ausgeweitet werden, nach 3,4 % im vergangenen Jahr.

Der bereits hohe Anstieg der Baukosten und -preise hat sich im Verlauf des heurigen Jahres weiter verstärkt. So steigen seit März die Kosten im Straßenbau und im Brückenbau um rund 20 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat. Im Hochbau bewegte sich der Kostenanstieg in den vergangenen drei Monaten zwischen rund 14 % und 15 %. Die Baupreise stiegen im ersten Quartal im Hochbau um 14,1 % und im Tiefbau um 1,0 %. Der Deflator der Bauinvestitionen war um 11,6 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum, nach einem Anstieg um 9,1 % im vierten Quartal. Verantwortlich für den Preisanstieg waren insbesondere Stahlprodukte, auf Öl basierende Produkte, Holz und Polystyrol. Die Rohstoffpreise werden wohl nur sehr langsam sinken, sodass der Preisauftrieb im Baubereich im gesamten Prognosezeitraum sehr hoch bleiben wird. Der Deflator der Bauinvestitionen dürfte im Jahresdurchschnitt 2022 um 9,5 % und im kommenden Jahr um 5,0 % zunehmen.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** eine annähernde Stagnation (0,2 %) im laufenden und ein Wachstum um 1,3 % im kommenden Jahr. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, ist im vergangenen Jahr auf 25,7 % gestiegen, nachdem sie im Jahr 2019, also vor der Corona-Pandemie, 25,0 % betragen hatte. Da sich gemäß der vorliegenden Prognose die Investitionen deutlich schwächer als das Bruttoinlandsprodukt entwickeln, wird die Investitionsquote auf 25,2 % im laufenden und 24,9 % im kommenden Jahr sinken. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften in diesem und dem kommenden Jahr um 0,5 % bzw. 0,7 % expandieren, nach 7,1 % im vergangenen Jahr.

Die Konjunkturerholung und der allmähliche Wegfall der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen sowie diskretionäre wirtschaftspolitische Maßnahmen, primär zur Abfederung der hohen Inflation, prägen die Lage der **öffentlichen Haushalte**. Ausgehend von einem Defizit von 5,9 % des BIP im Vorjahr erwartet das Institut nunmehr ein Defizit von 3,8 % des BIP für das laufende Jahr. Im kommenden Jahr sollte das Defizit 1,9 % betragen. Insbesondere aufgrund der Anti-Teuerungsmaßnahmen fällt das Defizit etwas höher aus als in der Frühlings-Prognose erwartet. Die Budgetprognose ist mit hohen

Unsicherheiten bezüglich der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Folgen des Kriegs gegen die Ukraine behaftet. Die aktuell hohe Inflation führt zwar zu partiell höheren Einnahmen (etwa Umsatzsteuer), allerdings steigen, allenfalls etwas verzögert, auch die staatlichen Ausgaben, etwa für Lohnzahlungen an Beamte oder für die Güternachfrage der öffentlichen Hand.

Prinzipiell sieht das Institut die Anstrengungen der Bundesregierung zur Abfederung der Auswirkungen der Teuerung durchaus positiv. Laut den vorliegenden Informationen entfallen rund 6,8 Mrd. des dritten Maßnahmenpakets zum Teuerungsausgleich auf kurzfristig wirkende Maßnahmen, die überwiegend im Jahr 2022 entlastend wirken. Aus Sicht des Instituts ist die von den stark steigenden weltweiten Energiepreisen verursachte Inflation mit Wohlstandsverlusten im Inland verbunden, gegen die binnenwirtschaftliche Maßnahmen nicht helfen. Diese können allerdings dazu beitragen, die gesamtwirtschaftlichen Verluste gerechter zu verteilen. Daher sind vor allem jene Maßnahmen sinnvoll, die auf die soziale Treffsicherheit Bedacht nehmen und Haushalte, die bereits von Armut betroffen bzw. von dieser bedroht sind, besonders unterstützen. Das Institut begrüßt, dass keine Maßnahmen zur Preisdeckelung bzw. allgemeine Umsatzsteuersenkungen beschlossen wurden. Die starke Erhöhung des Klimabonus bzw. der Anti-Teuerungsbonus, die dem Großteil der Bevölkerung zukommen, und insbesondere die Verschiebung der CO₂-Bepreisung werden vom Institut hingegen kritisch gesehen. Durch die systematische Abschaffung der kalten Progression wird eine inflationsbedingte steuerliche Mehrbelastung des Faktors Arbeit in der Zukunft verhindert. Während der Großteil der Maßnahmen nur temporär wirkt, hat die Abschaffung der kalten Progression eine dauerhafte Entlastungswirkung. Hierbei ist aber zu beachten, dass auch bisher die kalte Progression im Rahmen von Steuerreformen rückerstattet wurde.

Mittelfristig bleibt Österreich auf einem nachhaltigen Budgetkurs, allerdings implizieren die Alterung der Bevölkerung, notwendige Infrastrukturausgaben für die Klimawende und der Anstieg der langfristigen Zinsen zusätzliche Ausgaben. Die Struktur der staatlichen Ausgaben ist nicht optimal. Durch eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie könnten Wachstumspotenziale gehoben werden. Zukunftsorientierten, produktivitätserhöhenden Bereichen, wie etwa Bildung, Digitalisierung und Forschung, sollte eine höhere Priorität im Budget zukommen. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen erfordern wohl auch eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Landesverteidigung. Diese erhöhten Ausgaben könnten durch wiederholt angemahnte Strukturreformen finanziert werden.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im ersten Quartal 2022 um 3,8 % gestiegen, während die Tariflöhne nur um 2,6 % zulegten. Im Mai ist der Tariflohnindex allerdings bereits um 3,5 % angestiegen. Für den Jahresdurchschnitt 2022 geht das

Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne um 3,9 % aus. Angesichts der beträchtlichen Preissteigerung (gemessen am Konsumdeflator) ergibt sich ein Reallohnverlust von 3,2 % im laufenden Jahr. Die hohen Teuerungsraten dürften in den kommenden Lohnverhandlungen den Druck auf beiden Seiten deutlich erhöhen, auch wenn die Regierung im dritten Maßnahmenpaket zum Teuerungsausgleich eine Abschaffung der kalten Progression in Aussicht stellt. Laut Institutsprognose dürften die Löhne im nächsten Jahr um 5 ¼ % zunehmen. Bei gegebener Inflationsprognose impliziert dies einen Reallohnzuwachs von gut 1 %.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Entwicklung und weitere Einschätzung der **Inflation** (gemessen am VPI) stark verändert. Während das Institut vor Kriegsbeginn noch davon ausgegangen war, dass die Inflationsraten zur Jahreswende 2021/2022 ihren Höhepunkt erreichen würden, kletterte die Inflationsrate bis Mai bereits auf 7,7 %. In den kommenden Monaten dürfte die Teuerung noch einmal zunehmen und im Herbst voraussichtlich ihren Zenit erreichen.

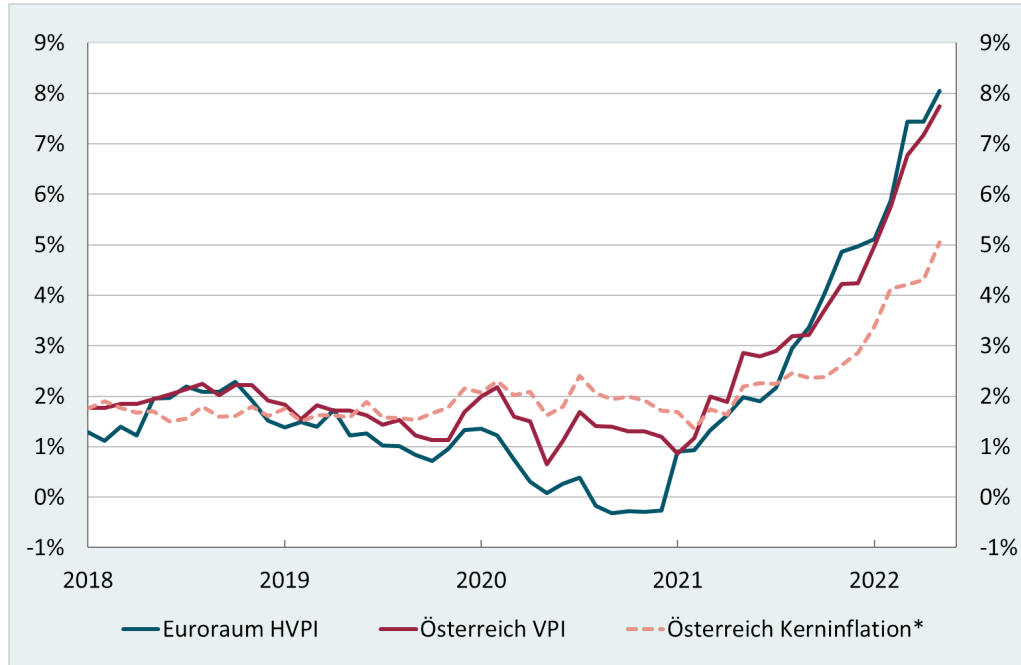
Getrieben wird die Inflation weiterhin vom starken Anstieg der Energiepreise. Während sich die Treibstoffpreise zeitnah in den Verbraucherpreisen niederschlagen, werden die Preise für Strom, Gas, feste Brennstoffe und Fernwärme aufgrund bestehender Lieferverträge mit den Energieversorgern zeitverzögert an die VerbraucherInnen weitergegeben. Folglich gehen im laufenden Jahr zwei Drittel des Energiepreisanstiegs auf die Treibstoffe zurück. Im kommenden Jahr wird der Preisauftrieb im Bereich Energie merklich nachlassen und nur mehr Strom, Gas, feste Brennstoffe und Fernwärme betreffen. Bereits beschlossene Maßnahmen (etwa die Einführung der CO₂-Bepreisung, die Aussetzung des Erneuerbaren-Förderbeitrags bzw. der Erneuerbaren-Förderpauschale sowie die Senkung der Abgaben für Gas und Strom) sind dabei bereits berücksichtigt.

Während sich die Gaspreise von den Höchstständen zu Beginn des Kriegs gegen die Ukraine wieder deutlich zurückgebildet haben, ist eine Entspannung der Preise für agrarische Rohstoffe nicht zu beobachten. Sie liegen derzeit nur leicht unter den Höchstständen vom März. Dies ist zu einem großen Teil auf die Angebotsengpässe aufgrund des Kriegs sowie die Teuerung von Vorprodukten (etwa Düngemittel und Energie) zurückzuführen. In den kommenden Monaten ist mit keiner Entspannung zu rechnen.

Der Preisanstieg für Industriegüter (ohne Energie) hat sich in den ersten fünf Monaten 2022 ebenfalls stark beschleunigt. Die Beeinträchtigung der Lieferketten etwa aufgrund neuerlicher Lockdowns in China sowie kriegsbedingter Produktionsausfälle dürften die Treiber hinter der Güterpreisteuerung sein. So tragen die Preissteigerungen bei Pkw 0,5 Prozentpunkte zur Inflation bei; der Großteil davon entfällt auf Gebrauchtwagen.

Das Institut geht davon aus, dass sich die Teuerung in diesem Bereich im kommenden Jahr wieder etwas entspannen wird.

Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum



*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich

Quellen: Eurostat, Statistik Austria und eigene Berechnungen

Die Preise im Bereich der Dienstleistungen verzeichnen ebenfalls erhöhte Zuwachsraten. So trug der Bereich Gastronomie und Freizeit im Mai fast einen ganzen Prozentpunkt zur Inflationsrate bei. Das Anheben der Richtwertmieten, aber auch die Indexierung außerhalb des Vollenwendungsbereichs des Mietrechtgesetzes dürften insbesondere im kommenden Jahr die Teuerung beschleunigen. Hinsichtlich der Lohnentwicklung basiert die Prognose auf der Annahme, dass es in etwa zu einer Abgeltung der Verbraucherpreis-inflation kommt. Das Institut erwartet zwar keine Lohn-Preis-Spirale, der Kostendruck insbesondere bei den Dienstleistungspreisen dürfte aber im kommenden Jahr hoch bleiben.

Alles in allem rechnet das Institut mit einer Inflationsrate von 7,4 % im laufenden Jahr und von 4,7 % im nächsten Jahr. Mit einer Inflationsrate von zuletzt 8,1 % im Euroraum lag die Teuerungsrate Österreichs im Mai leicht darunter. Für den Euroraum geht das Institut von Inflationsraten von 7,0 % im Jahr 2022 und 3,8 % im Jahr 2023 aus.

Die Arbeitsmarktlage stellt sich weiterhin sehr erfreulich dar. Die Arbeitslosenquote lag deutlich unter dem Vorkrisenniveau und die Beschäftigungsnachfrage war äußerst kräftig. Mit der konjunkturellen Abschwächung hat aber auch die Unsicherheit über die

weitere Arbeitsmarktentwicklung zugenommen. Nach dem kräftigen Erholungsprozess vom Pandemieschock erwartet das Institut für den weiteren Prognosezeitraum eine Stabilisierung der Lage. Ausgehend von 8,0 % im Jahresdurchschnitt 2021 sollte die Arbeitslosenquote (nationale Definition) im laufenden Jahr auf 6,3 % sinken und im nächsten Jahr auf diesem Wert verbleiben. Diese Prognose unterstellt, dass die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen weiterhin zur Verringerung der Mis-Match- sowie Langzeitarbeitslosigkeit beitragen werden und es zu keinen signifikanten kriegs- bzw. coronabedingten Einschränkungen kommt.

Im Vorjahresvergleich steigt die **Beschäftigung** weiterhin kräftig, allerdings mit nachlassendem Tempo. Ende Mai lag die Zahl der Aktiv-Beschäftigten um 2,9 % über dem Vorjahreswert. In sektoraler Betrachtung verzeichnete der Dienstleistungsbereich mit 3,2 % den stärksten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr, in der Sachgüterproduktion und am Bau legte die Zahl der Arbeitsplätze um 2,1 % bzw. 1,3 % zu. Gegenüber dem Vorkrisenniveau (gemessen am Mai 2019) stieg die Beschäftigung um 3,4 %. Kräftige Zuwächse verzeichneten dabei die Bereiche Information/Kommunikation (14,9 %), Elektro/Elektronik (10,5 %), wirtschaftsnahe Dienstleistungen (6,8 %) und Bau (5,8 %). Lediglich in den Bereichen Textil (-13,8 %), Bergbau (-6,1 %), Glas/Möbel (-4,0 %), sonstige persönliche Dienstleistungen (-3,2 %), Holz/Papier (-1,5 %), Verkehr (-1,4 %), Finanzdienstleistungen (-1,3 %) und Metall (-0,8 %) war die Beschäftigung niedriger als vor der Coronakrise.

In den letzten Monaten hat sich die Beschäftigungsdynamik verlangsamt. Während der Indikator der offenen Stellen weiterhin auf eine kräftige Beschäftigungsnachfrage deutet, dürften die konjunkturelle Abschwächung und der Mis-Match dämpfend wirken. Insgesamt wird somit für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Anstieg der Aktiv-Beschäftigung um 2,8 % erwartet. Vor dem Hintergrund der verhaltenen Konjunkturdynamik und der demografischen Entwicklung dürfte der Beschäftigungszuwachs 2023 auf 0,8 % zurückgehen.

Im Vergleich zum Vorjahr und auch zum Vorkrisenniveau sind die Arbeitslosenzahlen weiterhin rückläufig. Erwartungsgemäß hat sich allerdings der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten etwas verlangsamt. Ende Mai lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um knapp 80.000 Personen bzw. 25,0 % unter dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau (Mai 2019) ging die Arbeitslosigkeit um 41.100 Personen bzw. bei Berücksichtigung der Schulungsteilnahmen um 31.600 Personen zurück. In sektoraler Betrachtung wurde das Vorjahres- und auch das Vorkrisenniveau breitflächig unterschritten.

Die schwache konjunkturelle Dynamik und die hohe Unsicherheit über die weitere Wirtschaftsentwicklung dürften dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit im weiteren

Prognosezeitraum auf niedrigem Niveau stagniert. Somit erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt 2022 einen Bestand von 264.000 als arbeitslos vorgemerkten Personen, also einen Rückgang um 68.000 Personen gegenüber dem Vorjahr. Für das kommende Jahr werden gegenwärtig 266.000 Arbeitslose erwartet. Ausgehend von 8,0 % im Vorjahr wird die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr somit auf 6,3 % fallen und im Jahresdurchschnitt 2023 auf diesem Niveau verharren. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition werden im Prognosezeitraum Werte von 4,6 % bzw. 4,5 % erwartet.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Mai 2022

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	155.983	4,2 %
Männer	81.400	4,1 %
Frauen	74.583	4,3 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	156.775	4,3 %
Primärer Sektor	1.388	1,9 %
Sachgüterproduktion	13.932	2,3 %
Bau	8.417	3,1 %
Dienstleistungssektor	133.024	5,0 %
Arbeitslose gesamt	-113.710	-29,0 %
Männer	-57.654	-26,6 %
Frauen	-56.056	-32,1 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	-584	-0,8 %

ⁱohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Die vorliegende Prognose zeichnet weiterhin ein optimistisches Bild der Arbeitsmarktsituation. Bisher hat der Krieg gegen die Ukraine kaum Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Die (saisonbereinigte) Arbeitslosenquote stagnierte seit Februar und ist im Mai marginal angestiegen. Das Institut geht davon aus, dass die wirtschaftliche Dynamik so hoch bleibt, dass es zu keinem merklichen Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt. Weiterhin wird angenommen, dass es zu keinen spürbaren wirtschaftlichen Belastungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie kommt.

Die hohe Zahl an offenen Stellen deutet auf einen Arbeitskräftemangel hin. Dieser könnte durch die demografische Entwicklung noch verstärkt werden. Die Arbeitsmarktpolitik ist gefordert, stärker zur Reduktion des qualifikatorischen Mis-Matches beizu-

tragen. Ein starker Fokus auf die (Re-)Qualifizierung der Arbeitslosen und die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist notwendig. Eine degressivere Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung könnte die Arbeitsanreize etwas erhöhen, würde aber vermutlich eher wenig dazu beitragen, das Niveau der Langzeitarbeitslosigkeit zu senken. Zur Vermeidung von Fehlanreizen hinsichtlich kurzer Beschäftigungsunterbrechungen wären erfahrungsbasierte und risikoabhängige Arbeitgeberbeiträge anzudenken. Reformen im Bildungsbereich wären aus Sicht des Instituts angeraten, um zukünftigen Arbeitsmarktproblemen vorzubeugen.

Der Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen bringen zusätzliche Herausforderungen für die Arbeitsmarktpolitik. Anstrengungen zur raschen Integration von ukrainischen Flüchtlingen am Arbeitsmarkt sind sinnvoll. Für die von den Sanktionen bzw. von den Lieferengpässen betroffenen Unternehmen sollte das Instrument der Kurzarbeit weiterhin zur Verfügung stehen. Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik sollten die Reallokation von Arbeitskräften fördern (etwa Umschulungen zu Fachkräften im Bereich der erneuerbaren Energien).

5 Monetäre Prognose

Aufgrund der global anziehenden Inflation sind die Leitzinsen in den USA und im Vereinigten Königreich im Juni erneut angehoben worden, und zwar auf 1,5 % – 1,75 % (Zielband) bzw. 1,25 %. In der Schweiz wurde die erste Zinserhöhung auf nun –0,25 % durchgeführt, im Euroraum liegt der Hauptrefinanzierungssatz weiterhin bei 0 %, eine erste Erhöhung der Leitzinsen wurde allerdings für Juli in Aussicht gestellt. Im Laufe des Jahres werden weitere Zinsschritte der internationalen Notenbanken erwartet. Die bereits zu Jahresbeginn hohe Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist zuletzt weiter angestiegen und betrug im Mai 8,1 %. Damit lag die Inflation deutlich über der Zielmarke der EZB von 2 % und es wird auch weiterhin von kräftigen Preissteigerungen ausgegangen. Für die Jahresdurchschnitte 2022 und 2023 erwartet das Institut für den Euroraum Inflationsraten von 7,0 % bzw. 3,8 %.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2019	0	1,5 – 1,75	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,10	–0,75	–0,1
Ende 2021	0	0 – 0,25	0,25	–0,75	–0,1
27.6.2022	0	1,5 – 1,75	1,25	–0,25	–0,1

Quellen: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

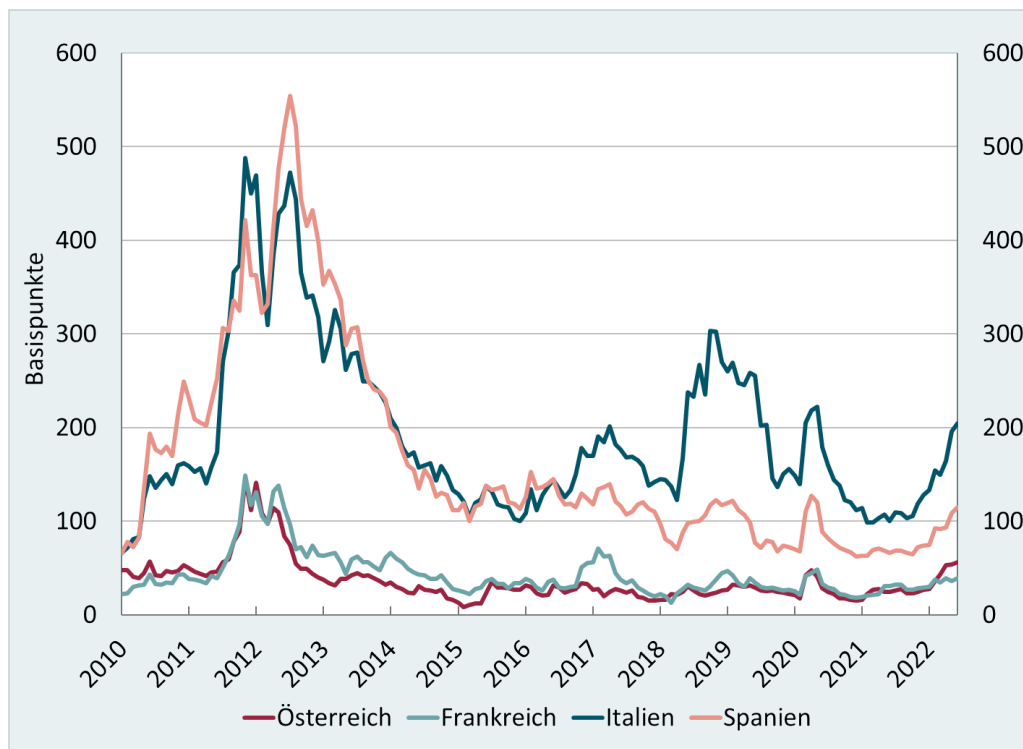
Der EZB-Rat beendet sein Wertpapierankaufprogramm (APP) per 1. Juli und hat bereits Zinserhöhungen für Juli und September angekündigt, sollte die laufende und prognostizierte Inflation nicht zurückgehen, und dann weitere Zinsschritte in Abhängigkeit aktueller Daten und insbesondere der Inflationserwartung. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden jedoch noch eine gewisse Zeit weiter reinvestiert und jene der im Rahmen des Pandemie-Notfallprogrammes (PEPP) noch bis mindestens Ende 2024. Insgesamt betragen die gegenwärtigen Investitionen im Rahmen des APP und PEPP rund 3.250 bzw. 1.700 Mrd. Euro. Da die Reinvestitionen im PEPP flexibel über die Länder, die Anlageklassen und den Zeitverlauf angepasst werden können, können diese als Instrument zur Gegensteuerung möglicher Marktfragmentierungen, d. h. übertrieben hoher Renditesteigerungen bei bestimmten Staatsanleihen, eingesetzt werden. Darüber hinaus zieht die EZB die Entwicklung neuer Instrumente in Betracht.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum haben sich zuletzt in Erwartung steigender Leitzinsen im Euroraum erhöht und notierten im Durchschnitt des zweiten Quartals bei –0,4 %.

Damit sind sie gegenüber dem Vorquartal und dem Vorjahresquartal um rund 20 Basispunkte gestiegen. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut im Einklang mit der Zinspolitik der EZB steigende Geldmarktzinsen. Der 3-Monats-Euribor sollte in den Jahren 2022 und 2023 durchschnittlich 0,2 % bzw. 2,2 % betragen und somit nach sieben Jahre durchschnittlich negativer Werte wieder in den positiven Bereich zurückkehren.

Die Renditen von Staatsanleihen steigen seit Dezember des Vorjahres, mit einem vorübergehenden Rückgang Anfang März, wohl aufgrund von Sicherheitsmotiven in der Veranlagung hinsichtlich des Kriegs gegen die Ukraine. Im zweiten Quartal notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich 1,6 % bzw. 1,1 %. Dies bedeutet einen Anstieg der Renditen um rund 110 bzw. 100 Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und einen noch kräftigeren Anstieg um 160 bzw. 130 Basispunkte im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland



Quelle: Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Deutsche Bundesanleihen gelten als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Seit November des Vorjahres haben sich die Spreads (Renditeabstände) gegenüber Deutschland ausgeweitet (Abbildung 13). Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von

Staatsanleihen im Einklang mit der Erwartung höherer Leitzinsen und Inflation in der Prognoseperiode ansteigt. Für die Jahre 2022 und 2023 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 1,8 % bzw. 2,9 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des ersten Quartals 2022 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,07 USD/EUR. Damit hat der Euro abgewertet, und zwar sowohl gegenüber dem Vorquartal (-5,0 %) als auch gegenüber dem Vorjahresquartal (-11,9 %). Für die Jahre 2022 und 2023 erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von 1,07 USD/EUR bzw. 1,05 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2022 und 2023 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten um 4,8 % bzw. 3,5 % steigen. Die Spareinlagen dürften zunächst weitgehend konstant bleiben (-0,2 %) und im kommenden Jahr etwas zurückgehen (-1,0 %). Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 5,0 % bzw. 2,6 %.

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	365,013 4,8%	378,843 3,8%	384,014 1,4%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	402,711 6,2%	437,904 8,7%	462,877 5,7%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,726 1,8%	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,328 1,3%	115,590 4,8%	120,536 4,3%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2020=100)	93,253 0,9%	95,194 2,1%	97,135 2,0%	98,614 1,5%	100,000 1,4%	102,800 2,8%	110,407 7,4%	115,596 4,7%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,561 2,3%	49,281 1,5%	50,566 2,6%	51,859 2,6%	52,751 1,7%	54,296 2,9%	56,414 3,9%	59,658 5,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3838,928 2,8%	3869,640 0,8%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,020 -1,907	6,323 -1,696	6,330 0,006

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
PRIVATER KONSUM	184,174 1,5%	187,777 2,0%	189,802 1,1%	191,064 0,7%	174,883 -8,5%	180,977 3,5%	188,956 4,4%	192,283 1,8%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,695 1,2%	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	77,263 8,2%	78,036 1,0%	78,036 0,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	81,502 4,3%	84,955 4,2%	88,695 4,4%	92,948 4,8%	88,120 -5,2%	91,869 4,3%	92,088 0,2%	93,242 1,3%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	4,113 1,2	4,450 1,2	6,038 1,6	1,605 0,4	2,092 0,6	4,972 1,4	5,222 1,4	4,722 1,2
INLANDSNACHFRAGE	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,795 2,5%	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	357,196 5,9%	366,397 2,6%	370,399 1,1%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,046 3,4	11,947 3,3	12,186 3,3	15,412 4,1	10,999 3,2	7,376 2,0	12,122 3,2	13,292 3,5
BIP ZU MARKTPREISEN	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	365,013 4,8%	378,843 3,8%	384,014 1,4%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
PRIVATER KONSUM	0,814	1,023	0,566	0,345	-4,366	1,747	2,204	0,905
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,363	0,154	0,243	0,285	-0,089	1,738	0,218	0,000
BRUTTOINVESTITIONEN	1,063	1,086	1,512	-0,045	-1,180	1,847	0,126	0,188
ANLAGEINVESTITIONEN	0,977	0,978	1,040	1,155	-1,297	1,074	0,061	0,315
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,094	0,095	0,432	-1,201	0,135	0,900	0,097	-0,205
EXPORTE I.W.S.	1,586	2,567	2,777	1,894	-5,965	7,145	3,742	1,995
WAREN	1,071	1,803	1,785	1,064	-2,986	6,909	1,256	1,060
DIENSTLEISTUNGEN	0,515	0,764	0,992	0,830	-2,979	0,235	2,486	0,935
IMPORTE I.W.S.	-1,838	-2,569	-2,718	-1,038	4,879	-8,131	-2,578	-1,776
WAREN	-1,336	-1,544	-1,560	0,004	2,395	-6,629	-1,474	-1,316
DIENSTLEISTUNGEN	-0,502	-1,026	-1,158	-1,041	2,485	-1,502	-1,100	-0,460
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,989	2,259	2,502	1,491	-6,735	4,779	3,789	1,365

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,8	7,5	7,7	8,5	14,4	11,8	8,2	7,1
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	1,1	-0,3	0,2	0,8	5,9	-2,6	-3,6	-1,1
INVESTITIONSQUOTE	23,1	23,6	24,1	25,0	25,2	25,7	25,2	24,9
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,4	0,5	0,5	0,9	0,3	0,4	-0,5	-0,2
REALZINSSATZ	-1,47	-0,42	-1,12	-1,56	-2,54	-1,33	-2,98	-1,41
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,09	1,05	-0,71	-0,44	-0,97	1,20	-1,65	1,57
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,46 2,8%	119,60 7,3%	125,22 4,7%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,860 0,9%	47,707 -0,3%	47,969 0,5%	48,377 0,8%	48,642 0,5%	48,966 0,7%	47,414 -3,2%	47,936 1,1%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,025 0,4%	10,049 0,2%	10,052 0,0%	10,041 -0,1%	9,560 -4,8%	9,774 2,2%	9,868 1,0%	9,924 0,6%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	127,404 1,9%	128,989 1,2%	132,302 2,6%	135,844 2,7%	145,126 6,8%	146,102 0,7%	150,354 2,9%	158,114 5,2%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	6,5	5,9	5,2	4,8	6,1	6,2	4,6	4,5
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,3	-0,5	-0,7	-0,4	1,3	0,1	-1,6	-0,1
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,0	-5,9	-3,8	-1,9
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,5	0,7	1,0	0,4	-8,7	2,1	2,2	1,9

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	179,350 3,1%	186,016 3,7%	191,857 3,1%	196,244 2,3%	181,294 -7,6%	192,136 6,0%	215,439 12,1%	229,293 6,4%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,542 1,2%	7,933 5,2%	8,228 3,7%	8,698 5,7%	8,840 1,6%	9,133 3,3%	9,689 6,1%	10,180 5,1%
ÖFFENTLICHER KONSUM	70,274 3,3%	71,986 2,4%	74,510 3,5%	77,388 3,9%	80,414 3,9%	87,773 9,2%	90,424 3,0%	92,684 2,5%
BRUTTOINVESTITIONEN	86,743 5,8%	91,744 5,8%	99,141 8,1%	100,984 1,9%	98,249 -2,7%	111,106 13,1%	119,571 7,6%	123,934 3,6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	45,366 8,7%	48,211 6,3%	50,349 4,4%	53,751 6,8%	50,848 -5,4%	53,929 6,1%	55,816 3,5%	57,787 3,5%
BAUINVESTITIONEN	37,228 2,2%	39,064 4,9%	42,486 8,8%	45,469 7,0%	44,920 -1,2%	49,413 10,0%	54,378 10,0%	57,668 6,1%
STATISTISCHE DIFFERENZ	0,000	-0,001	0,127	0,664	-0,367	0,776	0,739	0,741
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,003	-0,001	0,128	0,537	-1,030	1,142	-0,036	0,001
INLANDSNACHFRAGE	343,909 3,8%	357,677 4,0%	373,863 4,5%	383,978 2,7%	368,430 -4,0%	400,924 8,8%	435,863 8,7%	456,832 4,8%
EXPORTE I.W.S.	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	228,101 16,9%	259,966 14,0%	279,935 7,7%
IMPORTE I.W.S.	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	226,313 22,9%	257,925 14,0%	273,890 6,2%
BIP ZU MARKTPREISEN	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	402,711 6,2%	437,904 8,7%	462,877 5,7%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	176,761 1,6%	180,075 1,9%	182,006 1,1%	183,066 0,6%	167,175 -8,7%	173,274 3,6%	181,072 4,5%	184,240 1,8%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,413 -0,5%	7,702 3,9%	7,795 1,2%	7,998 2,6%	7,702 -3,7%	7,711 0,1%	7,904 2,5%	8,062 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,695 1,2%	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	77,263 8,2%	78,036 1,0%	78,036 0,0%
BRUTTOINVESTITIONEN	85,616 4,5%	89,448 4,5%	94,893 6,1%	94,727 -0,2%	90,326 -4,6%	96,768 7,1%	97,210 0,5%	97,880 0,7%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	44,965 7,8%	47,435 5,5%	49,063 3,4%	51,749 5,5%	48,389 -6,5%	50,824 5,0%	50,824 0,0%	51,587 1,5%
BAUINVESTITIONEN	36,538 0,3%	37,526 2,7%	39,627 5,6%	41,208 4,0%	39,700 -3,7%	41,039 3,4%	41,244 0,5%	41,656 1,0%
STATISTISCHE DIFFERENZ <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,002 0,005	0,052 0,050	0,456 0,404	0,578 0,122	0,754 0,176	2,621 1,867	2,498 -0,122	2,503 0,005
INLANDSNACHFRAGE	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,795 2,5%	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	357,196 5,9%	366,397 2,6%	370,399 1,1%
EXPORTE I.W.S.	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,596 5,1%	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	218,205 13,9%	232,622 6,6%	240,438 3,4%
IMPORTE I.W.S.	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,411 5,3%	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	210,829 16,7%	220,499 4,6%	227,146 3,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	365,013 4,8%	378,843 3,8%	384,014 1,4%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	101,465 1,5%	103,299 1,8%	105,412 2,0%	107,199 1,7%	108,446 1,2%	110,886 2,2%	118,980 7,3%	124,453 4,6%
ÖFFENTLICHER KONSUM	101,432 1,4%	103,095 1,6%	105,396 2,2%	107,876 2,4%	112,611 4,4%	113,602 0,9%	115,874 2,0%	118,771 2,5%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	101,340 1,3%	102,730 1,4%	104,668 1,9%	106,747 2,0%	108,680 1,8%	112,489 3,5%	119,662 6,4%	123,822 3,5%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	100,893 0,9%	101,636 0,7%	102,621 1,0%	103,868 1,2%	105,083 1,2%	106,108 1,0%	109,822 3,5%	112,018 2,0%
BAUINVESTITIONEN	101,889 1,9%	104,099 2,2%	107,215 3,0%	110,340 2,9%	113,148 2,5%	120,407 6,4%	131,846 9,5%	138,438 5,0%
INLANDSNACHFRAGE	101,426 1,4%	103,064 1,6%	105,078 2,0%	107,220 2,0%	109,268 1,9%	112,242 2,7%	118,959 6,0%	123,335 3,7%
EXPORTE I.W.S.	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,931 1,8%	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,535 2,7%	111,755 6,9%	116,427 4,2%
IMPORTE I.W.S.	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,434 2,1%	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	107,345 5,2%	116,973 9,0%	120,579 3,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,726 1,8%	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,328 1,3%	115,590 4,8%	120,536 4,3%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	131,524 1,8%	140,060 6,5%	149,248 6,6%	151,852 1,7%	138,328 -8,9%	168,606 21,9%	185,647 10,1%	198,090 6,7%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,354 4,5%	43,292 7,3%	46,977 8,5%	50,346 7,2%	46,396 -7,8%	51,951 12,0%	57,368 10,4%	61,748 7,6%
REISEVERKEHR	15,532 3,8%	16,293 4,9%	17,457 7,1%	18,194 4,2%	10,380 -43,0%	7,544 -27,3%	16,950 124,7%	20,096 18,6%
EXPORTE I.W.S.	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	228,101 16,9%	259,966 14,0%	279,935 7,7%
WARENIMPORTE	128,855 1,6%	138,912 7,8%	148,064 6,6%	147,973 -0,1%	135,229 -8,6%	169,645 25,5%	192,088 13,2%	203,786 6,1%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,049 4,3%	40,492 9,3%	44,826 10,7%	49,228 9,8%	45,474 -7,6%	50,328 10,7%	55,661 10,6%	59,310 6,6%
REISEVERKEHR	7,806 4,4%	8,556 9,6%	9,230 7,9%	9,652 4,6%	3,510 -63,6%	6,340 80,6%	10,176 60,5%	10,795 6,1%
IMPORTE I.W.S.	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	226,313 22,9%	257,925 14,0%	273,890 6,2%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	132,871 2,9%	139,385 4,9%	145,946 4,7%	149,957 2,7%	138,236 -7,8%	164,427 18,9%	169,359 3,0%	173,593 2,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,052 3,7%	42,365 5,8%	45,277 6,9%	47,973 6,0%	44,297 -7,7%	48,109 8,6%	49,696 3,3%	51,187 3,0%
REISEVERKEHR	15,308 2,4%	15,703 2,6%	16,368 4,2%	16,746 2,3%	9,396 -43,9%	6,591 -29,9%	13,841 110,0%	15,779 14,0%
EXPORTE I.W.S.	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,596 5,1%	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	218,205 13,9%	232,622 6,6%	240,438 3,4%
WARENIMPORTE	131,455 3,6%	137,086 4,3%	142,773 4,1%	142,759 0,0%	133,576 -6,4%	158,413 18,6%	163,958 3,5%	168,877 3,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,052 4,3%	39,996 7,9%	43,599 9,0%	47,326 8,5%	43,729 -7,6%	46,576 6,5%	47,740 2,5%	49,291 3,3%
REISEVERKEHR	7,678 2,7%	8,390 9,3%	9,006 7,3%	9,184 2,0%	3,346 -63,6%	5,956 78,0%	8,933 50,0%	9,112 2,0%
IMPORTE I.W.S.	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,411 5,3%	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	210,829 16,7%	220,499 4,6%	227,146 3,0%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	98,987 -1,0%	100,484 1,5%	102,262 1,8%	101,264 -1,0%	100,067 -1,2%	102,542 2,5%	109,617 6,9%	114,111 4,1%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,754 0,8%	102,187 1,4%	103,754 1,5%	104,946 1,1%	104,738 -0,2%	107,987 3,1%	115,438 6,9%	120,633 4,5%
REISEVERKEHR	101,459 1,5%	103,756 2,3%	106,652 2,8%	108,652 1,9%	110,467 1,7%	114,453 3,6%	122,465 7,0%	127,364 4,0%
EXPORTE I.W.S.	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,931 1,8%	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,535 2,7%	111,755 6,9%	116,427 4,2%
WARENIMPORTE	98,023 -2,0%	101,332 3,4%	103,706 2,3%	103,652 -0,1%	101,238 -2,3%	107,090 5,8%	117,157 9,4%	120,671 3,0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,992 0,0%	101,240 1,2%	102,814 1,6%	104,019 1,2%	103,989 0,0%	108,057 3,9%	116,593 7,9%	120,324 3,2%
REISEVERKEHR	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	105,095 2,5%	104,910 -0,2%	106,456 1,5%	113,908 7,0%	118,465 4,0%
IMPORTE I.W.S.	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,434 2,1%	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	107,345 5,2%	116,973 9,0%	120,579 3,1%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,982 1,0%	99,790 -1,2%	99,514 -0,3%	98,897 -0,6%	99,832 0,9%	97,383 -2,5%	95,539 -1,9%	96,557 1,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100,983 1,0%	99,164 -1,8%	98,608 -0,6%	97,696 -0,9%	98,843 1,2%	95,753 -3,1%	93,565 -2,3%	94,564 1,1%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
IMPORTQUOTE, GESAMT	48,576	50,888	52,441	52,036	48,564	56,198	58,900	59,171
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,763	2,312	1,553	-0,405	-3,472	7,634	2,702	0,271
IMPORTQUOTE, GÜTER	36,033	37,609	38,416	37,224	35,650	42,126	43,865	44,026
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,815	1,576	0,807	-1,192	-1,574	6,475	1,739	0,161
EXPORTQUOTE, GESAMT	52,406	54,051	55,441	55,442	51,435	56,641	59,366	60,477
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,683	1,645	1,390	0,002	-4,007	5,206	2,725	1,111
EXPORTQUOTE, GÜTER	36,779	37,919	38,723	38,200	36,467	41,868	42,394	42,795
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,745	1,141	0,804	-0,523	-1,733	5,400	0,527	0,401

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5630,493 0,0%	5633,530 0,1%	5630,728 0,0%	5616,967 -0,2%
ERWERBSQUOTE	78,900 0,4%	79,728 1,0%	80,769 1,3%	81,595 1,0%	82,051 0,6%	82,244 0,2%	82,968 0,9%	83,797 1,0%
ERWERBSPERSONEN	4428,084 1,5%	4485,272 1,3%	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4619,903 0,5%	4633,234 0,3%	4671,682 0,8%	4706,867 0,8%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3674,603 0,6%	3687,409 0,3%	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3701,922 0,1%	3679,796 -0,6%	3661,991 -0,5%	3669,410 0,2%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	953,438 3,9%	1009,690 5,9%	1037,457 2,8%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	483,900 1,8%	490,000 1,3%	493,600 0,7%	496,100 0,5%	493,100 -0,6%	496,552 0,7%	499,034 0,5%	501,530 0,5%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4136,682 0,2%	4172,647 0,9%	4205,338 0,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3734,366 2,5%	3838,928 2,8%	3869,640 0,8%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	84,440 -1,9%	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	70,575 -3,6%	69,869 -1,0%	69,520 -0,5%
ARBEITSLOSE	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	331,741 -19,0%	263,850 -20,5%	266,178 0,9%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,020 -1,907	6,323 -1,696	6,330 0,006

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	170,081 3,9%	176,086 3,5%	185,127 5,1%	192,918 4,2%	192,220 -0,4%	202,762 5,5%	216,568 6,8%	230,853 6,6%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	142,151 4,6%	146,689 3,2%	153,153 4,4%	155,768 1,7%	154,623 -0,7%	162,066 4,8%	175,118 8,1%	183,958 5,0%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	45,376 1,6%	46,587 2,7%	47,144 1,2%	48,833 3,6%	32,478 -33,5%	37,883 16,6%	46,217 22,0%	48,066 4,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	402,711 6,2%	437,904 8,7%	462,877 5,7%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,027 -99,2%	-3,463 12754,7%	-3,773 8,9%	-1,437 -61,9%	-0,427 -70,3%	-0,362 -15,2%	-0,453 25,0%	-0,462 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	63,753 3,5%	66,243 3,9%	69,288 4,6%	72,706 4,9%	75,662 4,1%	78,688 4,0%	81,639 3,8%	84,701 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	293,828 5,2%	299,655 2,0%	312,364 4,2%	323,375 3,5%	303,232 -6,2%	323,661 6,7%	355,812 9,9%	377,715 6,2%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,446 9,5%	-2,682 -22,2%	-3,765 40,3%	-3,399 -9,7%	-3,270 -3,8%	-2,747 -16,0%	-2,829 3,0%	-2,914 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	290,382 5,2%	296,973 2,3%	308,599 3,9%	319,976 3,7%	299,962 -6,3%	320,914 7,0%	352,983 10,0%	374,800 6,2%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	399,604 6,4%	422,015 5,6%	442,271 4,8%	457,751 3,5%
DAVON SPAREINLAGEN	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	160,649 4,7%	185,666 15,6%	185,294 -0,2%	183,441 -1,0%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	374,486 4,3%	391,342 4,5%	410,909 5,0%	421,593 2,6%
EURIBOR 3M <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,26 -0,24	-0,33 -0,07	-0,32 0,01	-0,36 -0,04	-0,43 -0,07	-0,55 -0,12	0,23 0,33	2,16 0,74
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J <i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	0,38 -0,37	0,59 0,21	0,68 0,09	0,06 -0,62	-0,22 -0,28	-0,09 0,14	1,79 0,97	2,87 0,45

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
USD/EUR	1,11 -0,3%	1,13 1,8%	1,18 4,4%	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,07 -9,3%	1,05 -1,9%
GBP/EUR	0,82 11,3%	0,88 7,3%	0,88 0,0%	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,86 1,2%
YEN/EUR	120,33 -10,4%	126,66 5,3%	130,37 2,9%	122,09 -6,4%	121,81 -0,2%	129,85 6,6%	137,70 6,0%	137,70 0,0%
CHF/EUR	1,09 2,0%	1,11 1,8%	1,15 3,6%	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,03 -4,6%	1,03 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	0,4%	1,0%	0,9%	0,9%	-0,2%	0,6%	2,1%	0,4%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	2,5%	2,3%	2,4%	0,3%	-6,1%	6,5%	2,1%	1,7%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	2,0%	2,3%	2,5%	1,5%	-6,7%	4,8%	3,8%	1,4%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)